



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

78 (12.12.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253549](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253549)

Arbeiterfreud Banner

Herausgeber: Karl Lenz M. d. R.

Offizielles Parteiorgan. Die Arbeiterfreud-Zeitung erscheint 2 mal wöchentlich und ist monatlich ohne Surcharge mit 1.25. Jahrgang, Erscheinungsort und Vertriebsort in Mannheim. Postfachnummer: 8725 Ludwigshafen.

Die N.S. Zeitung Nordwestbadens

Zur Abgabe der Lieferung infolge höherer Gewalt, polizeilichem Verbot, Betriebsänderung, Streik usw. behält sich Anspruch auf Nachlieferung oder Nachlieferung. Telefon 311 15

Vom Ausnahmezustand zum Standrecht?

Die SPD für 10-15 Proz. Lohn- und Gehaltsenkung - Sie toleriert bis der letzte Arbeiter verhungert ist Wie Herr Mannheimer hundertfacher Millionär wurde - Allerlei aus der neudeutschen Bankpraxis Dr. Kohn von der früheren „Rheinischen“ läßt sich von dem Schnapsjuden Weil mit 40 000 M. schmieren.

Die neue Notverordnung, deren Inhalt unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt ist, wurde am Dienstagabend dem deutschen Volke als „Weihnachtsgeschenk“ überreicht. Sie ist die einschneidendste und härteste Verordnung, die ihm je zugemutet wurde. Sie ist ein Programm der Verzweiflung. Brüning und Dietrich sagen selber, daß mit ihr die letzten finanziellen Reserven unseres Volkes erschöpft wurden. Den verzweifeltsten deutschen Arbeitern wird eine Herabsetzung der Löhne von 10-15 Prozent zugemutet, ihre Tarifverträge werden aufgelockert und sie werden in ein ungewisses Arbeitsverhältnis gestochen. Die Beamtengehälter werden um weitere 9 Prozent gekürzt, die Umsatzsteuer wird erhöht und eine mehr als fragwürdige Preissenkung als mangelhaftes Äquivalent geboten. Erschütternd sind die neuen Eingriffe, die dem deutschen Volke auferlegt werden. Verschwindend dahingegen die angeblichen Erleichterungen, die Preis- und Mietensenkungen. Es bedarf überhaupt keiner Auseinandersetzung. Ein einziger Schrei der Entrüstung geht durch das schaffende Deutschland. Ein hartes

Rein

setzt das Volk aller Schichten und Parteirichtungen diesen abverlangten Opfern entgegen, die den letzten Erntegrund, den kümmerlichen Bissen Brot rauben. Unfassbar Schweres hat Deutschland in den letzten Jahren an Opfern an Gut und Blut getragen. Immer wieder neue Lasten auf sich genommen; weil Millionen nicht glauben konnten und wollten, daß dieser beispiellose Opferwille umsonst sein könne, daß das Maß des Leidens nie ein Ende haben sollte.

Das Kabinett Brüning, das die Notverordnungspolitik für sich in Anspruch nimmt, hat das Volk nicht verstanden.

Die Minister und ihr Kanzler, in der Hand der zur parlamentarischen Mehrheit erforderlichen Parteien, glaubten sich über die Stimmung des Volkes hinwegsetzen zu können. Den nachsommersüchtigen Regierungen ging es ja nicht so sehr um das Vertrauen des Volkes; sie buhlten immer nur um die Zustimmung der Mehrheit des Parlamentes. Auch heute noch, im Schatten der Diktatur der Notverordnungen hat sich daran nichts geändert.

Die Reichsregierung hat sich zu dem letzten unerträglichen Eingriff gegen das schaffende Volk entschlossen, weil - wie das Blatt Brüning's, die „Germania“ schreibt - der Reichskanzler die Verantwortung für die kommenden außenpolitischen Verhandlungen und Kämpfe nur übernehmen will, wenn im Innern die Verhältnisse in Wirtschaft und Staatsfinanzen einigermaßen in Ordnung sind. Das ist der Anfang und das Ende der Tributpolitik.

Das Volk hat bis zum Weichbluten zu zahlen, zu opfern, damit die internationalen Tributgläubiger den guten Willen sehen.

Das deutsche Volk soll hungern, darben, aber opfern und zahlen um der Tribute willen. Vielleicht werden die internationalen Gläubiger dann gnädigst in eine Entlastung der Reparationen einwilligen.

Der Herr Reichskanzler hat es nicht für notwendig gehalten, bei seiner Rundfunkrede zu dieser Notverordnung sich zu einem offenen Protest gegen die unerhörte Ausbeutung Deutschlands aufzuschwingen. Er unterdrückte vorsichtig und auffallend einen mannhaften Appell an das Ausland, endlich Schluß zu machen mit jener frevelhaften Ausbeutungspolitik, die das deutsche Volk dem Elend überantwortet hat. Er läuderte sich im Gegenteil hinter die „Vernunft“, das „Einsehen“, das er bei jenen erwartet, die seit Verfallens nur an die Verfertigung des sechzig Millionenwertes denken.

Statt zum Sprecher des Volkes, seiner Not und seines Freiheitswillens zu werden, zog es der Kanzler vor, gegen das Volk zu polemisieren, der nationalsozialistischen Volksbewegung zu drohen.

Herr Brüning hat damit endgültig den unverwundbaren Trennungsfrieden zwischen seiner Politik und dem Volke gezogen. Seine Attode gegen uns muß als eine Verbeugung gegen die parlamentarische Mehrheit, als Köder für die Parteien im Reichstag angesehen werden, die sein Kabinett bisher stützten.

Das Echo der Kanzlerrede bei der Sozialdemokratie befähigt diese Behauptung vollst.

Die SPD hat in der Kampfanzeige Brüning's gegen Hitler den Strohhalm gesucht und gefunden, der den neuen Umfall der Nazis demanteln soll. Man kann sich nun gerissen aus dem angeblichen Protest gegen die Notverordnung herauswinden, denn die Sozialdemokratie kann doch der Regierung in ihrem Kampf gegen den Nationalsozialismus unmöglich in den Rücken fallen. So beschränkt sich die „Volksstimme“ in ihrem Artikel zur Notverordnung

darauf, „die geschichtliche Tatsache“ festzuhalten, daß die Verordnung „gegen den entschiedenen Widerspruch der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften erlassen worden ist.“ Die SPD wird so bald wie möglich (1) nach Mitteln und Wegen suchen, die Wirkungen abzumildern oder gar ganz aufzuheben (?). Wörtlich schreibt das Zentralorgan der SPD: „In dieser Hinsicht könnte der 30. April nächsten Jahres, an dem das Standrecht wieder in Kraft treten soll, ein Hoffnungstag sein.“

Brüning kann also mit der Wirkung seiner Rundfunkrede zufrieden sein; die Sozialdemokratie wird ihn vorerst bis zum 30. April 32 „tolerieren“. Man muß nur fragen, wer eigentlich vor dem anderen kuschelt; Brüning vor den Nazis oder umgekehrt. Auch im jüdischen „Berliner Tageblatt“ ist die Aufnahme der Brüningrede und der Notverordnung ebenso herzlich wie bei den galizischen Vorwärtslesern. Hier hofft man zuversichtlich, daß der Kanzler - wie versprochen - „alle verfassungsmäßigen Wege zur Bekämpfung der Nationalsozialisten“ anwenden werde.

Und das alles angesichts des ungeheuerlichen Lohnraubs der schaffenden Stände. Wir haben schon in unserer letzten Folge vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie auch diese Notverordnung schlucken wird und wir haben recht behalten. Die abgrundtiefe Verlogenheit dieser Arbeiterverräterpartei kann nicht deutlicher zum Ausdruck kommen als durch den Artikel der „Volksstimme“, in welchem sie vor einigen Tagen schon den Umfall der SPD bei ihren Lesern vorkerkeltete. Er lautet:

„Es geht nicht nur darum, was in den nächsten Monaten an Löhnen, Gehältern und Sozialrenten ausgezahlt wird, es geht nicht nur darum, ob in den nächsten Monaten Reichsbanneruniformen und Parteiabzeichen getragen werden, es geht - so oder so - um eine Entscheidung, die auf Jahrzehnte hinaus von gewaltiger Bedeutung sein wird. Es handelt sich um Leben und Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und damit um eine Schicksalsfrage für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt.“

Auch der verbohrteste sozialdemokratische Arbeiter dürfte nun endgültig wissen, was er von dieser „Arbeiterpartei“, diesem Tolerierungsklub, zu halten hat. Abgesehen von den tiefgreifenden Einschnitten in das gesamte wirtschafts- und staatspolitische Leben der Nation, geht diese Notverordnung an den wirklich großen Lebensfragen des Volkes vorbei.

Es ist ein Verium zu glauben, daß man mit diktatorischen Maßnahmen das organische Werden der Wirtschaft beeinflussen könne.

Wer so verfährt, untergräbt die lebenswichtigen Pfeiler des gesamten Volksorganismus. Daß das unabsehlich geschieht, ist keine Entschuldigung.

Wir haben es hier mit einem historischen Ereignis zu tun, das Licht oder Schatten über unser Volk bringen kann.

Wir können nicht daran glauben, daß sie uns das ersehnte Licht bringen wird. Selbst die demokratische „Neue Badische Landeszeitung“ schreibt in ihrer Nr. 625 vom Mittwoch über die Notverordnung:

„Sie ist sicher ein Sprung ins Dunkle. Politische und juristische Logik müssen sie ablehnen.“

Und wir fügen hinzu, daß sie auch von der wirtschafts- und sozialpolitischen und nicht zuletzt von der volklichen Logik abgelehnt werden muß.

Ueber 5 Millionen Arbeitslose

Herr Dietrich stehen Sie noch zu Ihrer Rede am Dreikönigstag?

Die Young-Armee wächst ins Ungeheuerliche. Nach der Neuaufstellung betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 1. Dezember 5 057 000. Wie sagte doch Herr Dietrich laut „N. N. Z.“ Nr. 8 vom 6. Januar 1931 anlässlich einer Tagung der Demokraten in Stuttgart, bei der er u. a. die Pläne und Absichten der Reichsregierung zum Arbeitslosenproblem erörterte:

„Ein System, das nicht imstande sei, mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit aufzuräumen, erklärte der Minister, sei dem Untergang verfallen. Für Millionen von Arbeitslosen über 3 Milliarden auszugeben, ohne einen Gegenwert zu bekommen, sei so ungeheuerlich, daß das Betreten neuer Wege gewagt werden müsse.“

Wenn wir, erklärte Dr. Dietrich, z. B. in einem Monat eine viertel Milliarde für die Arbeitslosen brauchen, so könnte es vielleicht angemessen sein, wenn man versuchte, mit diesem Betrage entweder die entscheidende Rohstoffproduktion an-

zuheben oder aber eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen. Ich sehe darin keine Subvention, wenn man, nachdem die Frage entschieden ist, wo man anpacken will, das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und Vermehrung der Produktion verwendet, indem man für jeden arbeitslosen Angestellten oder Arbeiter eine entsprechende Summe zuzahlt.

Ich weiß, daß über diese Dinge der größte Sturm losbrechen wird; aber wo vier Millionen Menschen in Gefahr sind, in Verzweiflung getrieben zu werden, sind Bedenken nichts und positive Maßnahmen alles.“

Und nun, Herr Dietrich, was sagen Sie heute zu Ihren feinerzeitigen schneidigen Ausführungen in Stuttgart? Sind Sie noch immer der Auffassung, daß ein System, das nicht im Stande sei, mit der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, dem Untergang verfallen ist? Wenn ja, dann glücken Sie bitte Ihre Konsequenzen.

Was den Ausfall Brüning's gegen uns Nationalsozialisten in seiner Funkansprache betrifft, so hat der „Bötkische Beobachter“ den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er schreibt, daß dieser Vorstoß eine Antwort gewesen sei auf die nie dagewesene Niederlage, welche das System Brüning durch den Sieg der nationalsozialistischen außenpolitischen Aktion in der Weltmeinung erlitten habe. Hier hat ein Mann gesprochen, der sein Ziel als Politiker verloren gab und nun alle Register zieht, um dem Auslande sowie dem eigenen Volke zu zeigen, daß er noch der Herrscher sei. Das Blatt sagt weiter, es glaube nicht, daß es mit solchen Mitteln möglich sei, eine abhanden gekommene Autorität wieder zurückzugewinnen.

Immerhin hätte man dem Politiker Brüning gewünscht, daß er im Augenblick einer deutschen Schicksalsstunde von nie geahnter Tragweite sich einen besseren Ausklang verschafft hätte. Die kommende nationale Regierung werde durch Umschwärzungsversuche weder innen- noch außenpolitisch gehemmt werden können. Wohl aber werde diese Rede Brüning's dazu beitragen, seinen eigenen Fall zu beschleunigen. Durch die rein politischen Maßnahmen der neuen Notverordnung fühle sich die nationalsozialistische Bewegung im übrigen nicht berührt. Das allgemeine Uniformverbot treffe in erster Linie das Sklarek-Banner. Die Verschärfungen gegen Waffennhändler würden hoffentlich die roten Mörder in Schach halten. Hinsichtlich des Schutzes gegen Verunglimpfungen auch dann ihren strengen Richter finden, wenn sie etwa in die ungewollt erklarte Legalität der nationalsozialistischen Führer Zweifel setzten.

Für uns Nationalsozialisten und für unser Ziel hat sich mit dieser Notverordnung nichts geändert. Wir sind es gewohnt, von der Linken mit Hege und Wortterror, vom offiziellen Deutschland durch „Kampfanzeigen“ und „Ausnahmebestimmungen“ verfolgt zu werden.

Es gilt den Sturmriemen fester zu schnallen, die Kräfte zu sammeln und den Kampf weiter zu führen. Mag es dem Kabinett noch einmal gelingen, die Entscheidung mit Hilfe der Nazis hinauszuzögern. Dem Volke sind die Augen geöffnet.

Das schaffende Deutschland steht in den Reihen der nationalsozialistischen Volksbewegung, denn mit ihr ist das Recht, die Zukunft und der Sieg!

zukurbein oder aber eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung zu bringen. Ich sehe darin keine Subvention, wenn man, nachdem die Frage entschieden ist, wo man anpacken will, das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und Vermehrung der Produktion verwendet, indem man für jeden arbeitslosen Angestellten oder Arbeiter eine entsprechende Summe zuzahlt.

Ich weiß, daß über diese Dinge der größte Sturm losbrechen wird; aber wo vier Millionen Menschen in Gefahr sind, in Verzweiflung getrieben zu werden, sind Bedenken nichts und positive Maßnahmen alles.“

Und nun, Herr Dietrich, was sagen Sie heute zu Ihren feinerzeitigen schneidigen Ausführungen in Stuttgart? Sind Sie noch immer der Auffassung, daß ein System, das nicht im Stande sei, mit der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, dem Untergang verfallen ist? Wenn ja, dann glücken Sie bitte Ihre Konsequenzen.

Gewaltiger Bauernsieg in Halle-Merseburg — Zwei Drittel aller Stimmen auf den ersten Anhieb

Wieder einmal hat der Nationalsozialismus im Gau Halle-Merseburg einen ungeheuren Sieg errungen. Bei den Septemberwahlen konnten wir im Gau ein Drittel aller abgegebenen Stimmen auf uns vereinen. Bei dem Volksentscheid in Preußen stand der Gau Halle-Merseburg an der Spitze sämtlicher Gauen Preußens, und jetzt hat er auch bei den Landwirtschaftlichen Kammerwahlen bewiesen, daß er auch die Herzen der Volksgenossen, die für uns Nationalsozialisten durch ihre Verbundenheit mit der Scholle ganz besonders wertvoll sind, gewonnen hat. Wenn wir hier diese drei riesigen sichtbaren Erfolge der Arbeit der NSDAP. im Gau Halle-Merseburg aneinanderreihen, so muß doch ganz besonders hervorgehoben werden, daß zwischen dem Erfolg bei den Septemberwahlen und dem Volksentscheid, und dem Erfolg bei den Landwirtschaftskammerwahlen im Gau Halle-Merseburg ein Unterschied besteht. Bei den erstgenannten Erfolgen rechnete man uns stets an, daß man hier den Erfolg nicht reiflos der NSDAP. zuschreiben könne, sondern auch an die Arbeit des Stahlhelms dabei denken müsse. Diese Behauptung kann man bei den Landwirtschaftskammerwahlen nicht wiederholen, hatte sich doch der Stahlhelm mit den Deutschnationalen vollkommen auf die Liste des Landbundes festgelegt. Wir haben somit bei den Landwirtschaftskammerwahlen bewiesen, daß die NSDAP. im Gau Halle-Merseburg auch ohne Stimmen des Stahlhelms in der Lage ist, zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen. Um den Erfolg ferner gerecht beurteilen zu können, muß man bedenken, daß der Gau Halle-Merseburg all die

Jahre seinen schweren Kampf ganz allein aus eigenen Kräften geführt hat. So ist es auch bei den Landwirtschaftskammerwahlen gewesen, die wir durch die vorbildliche Zusammenarbeit der Gauleitung mit dem ausgezeichneten landwirtschaftlichen Gaufachberater und der Mitarbeit all der Kreisleiter, landwirtschaftlichen Kreisfachberater, Ortsgruppenleiter und Mitglieder ganz allein auf uns gestellt in dermaßen hervorragender Weise gewonnen haben.

Innerhalb des Gau Halle-Merseburg wählten folgende Kreise: Sangerhausen, Saalkreis, Mansfeld Gebirge, Zeitz, Mansfeld See, Bitterfeld, Liebenwerda, Merseburg.

In den einzelnen Kreisen wurden an Stimmen abgegeben:

Kreis	Stimmen	Rel. %	Landb. St.	Rel. % (NSDAP)	Rel. % (Stahlh.)
Saalkreis	2157	1701 3 E.	447 1 E.	—	—
Sangerhausen	2702	1689	753	260	—
Mansf. Gebirge	1089	738 2 E.	351 1 E.	—	—
Zeitz	875	429	446	—	—
Mansf. See	1826	1294	532	—	—
Bitterfeld	702	521	147	34	—
Liebenwerda	3459	2063 2 E.	669	626 96	—
Merseburg	1571	1090	281	—	—

Wir haben daher in der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen vom Gau Halle-Merseburg die überwiegende Mehrheit der Sitze, zumal ja in einem großen Teil der Kreise die Nationalsozialisten sämtliche Sitze erhielten.

England sieht den Widersinn der französischen Gewaltpolitik ein

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Rosenberg veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ vom 10. Dezember einen Aufsatz über seine Londoner Reise. Darin stellt er fest, daß der Zweck der Reise war, möglichst den Lügen der internationalen Presse das Genick zu brechen, über die neue Volksbewegung Deutschlands aufzuklären und mit Offenheit jene notwendigen Änderungen zu besprechen, die uns unerlässlich scheinen, um Deutschland, Mitteleuropa und darüber hinaus noch andere Länder vor Katastrophen zu bewahren. Er betonte weiter, daß er in London mit dem größten Verständnis für die Widersinnigkeit der französischen Gewaltpolitik empfangen worden sei. Da, daß sehr einflussreiche Kreise sich bereits öffentlich der Begründung der Nationalsozialistischen Forderungen angeschlossen hätten. Inwiefern seine Aufklärung gelungen sei, möge einer späteren Beurteilung vorbehalten bleiben. Tatsache bleibt jedenfalls, daß man in London größten Teils die vorgetragene Notwendigkeit erkenne und sie hochlich werte. Interessant in seinen Darlegungen war auch die Feststellung, daß das Kabinett Brüning genau so beurteilt wird, wie wir es in Deutschland bewerten. Nirgends sieht man es als wirklich verhandlungsfähig an. Niemand zweifelt heute mehr daran, daß es

zusammenbricht, sondern man fragt sich nur noch, wann dies geschehen wird. Soviel steht jedenfalls fest:

„Wenn das Alte fällt, steht dann bereits das Junge, Starke vor der Welt.“

Breslauer Studenten für Hitler

Am Donnerstag und Freitag fanden die Wahlen zur Kammer der Freien Breslauer Studentenschaft an der Universität statt. Die Wahlbeteiligung betrug 35,4 Prozent. Von den insgesamt 1963 abgegebenen Stimmen erhielten die Nationalsozialisten 1528 Stimmen gleich 24 Sitze (22); die Fraktion nationaler Studenten 435 Stimmen gleich 7 Sitze (7). Nicht kandidiert haben in diesem Jahre die Christlich-Nationalen, die im Vorjahr bei 29 Stimmen keinen Sitz erhalten hatten und die nationale Einheitsliste, die im Vorjahr 122 Stimmen und 2 Sitze erhielt. Hinter der national-

sozialistischen Liste stehen Korporations- und freie Studenten, während hinter der Fraktion nationaler Studierender in der Hauptsache Korporationsstudenten stehen.

Nichtkandidiert — in weiser Voraussicht — haben dieses Jahr die „Christlich-nationale Fraktion“ und die „Sozialisten“.

Ein Nationalsozialist Präsident des heffischen Landtags

Am Dienstag nachmittag trat der neue heffische Landtag zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammen. Hierbei wurde Pg. Dr. Werner mit einer überwältigenden Mehrheit von 40 Stimmen zum Präsidenten des Landtages gewählt. 2. Vizepräsident wurde der Sozialdemokrat Veiz mit nur 16 Stimmen. Der Denunziant Schäfer war zur Sitzung nicht erschienen. Er entschuldigte sich wegen Krankheit. Wir können uns gut vorstellen, wo es diesem Herrn fehlt. Sein Landtagsmandat dürfte ihm keine allzu große Freude machen. Interessant war, daß er in dem Schreiben an den Direktor des heffischen Landtages seinen vorgeschwindelten Dr. wegließ.

Die demokratische Freiheit im Musterlande

Amlich wird gemeldet:

Der Minister des Innern hat angesichts der Tatsache, daß in Versammlungen aller Parteien und Organisationen nach wie vor zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, im Interesse der Staatsautorität Anweisung gegeben, daß Versammlungen, in denen, wenn auch nur in verschleierte Form, zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder angereizt wird, sofort aufzulösen sind. Versammlungen, bei denen solche Verstöße befürchtet werden müssen, können vorbeugend verboten oder jedenfalls nur unter Ausschluß solcher Redner zugelassen werden, die zu Gewalttätigkeiten auffordern. Des weiteren wird eine beschleunigte Abhandlung aller in Versammlungen begangener Verstöße gegen das Strafgesetz, gegebenenfalls Strafverfolgung im Schnellverfahren, gefordert. Den angelegentlich geschlossenen politischen Versammlungen, insbesondere angelegentlich Mitgliederversammlungen, die sich häufig als verkappte öffentliche Versammlungen zur Umgehung des Anmeldepflichtes und der polizeilichen Überwachung darstellen, soll in Zukunft eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. An Stelle beamteter öffentlicher Veranstaltungen spontan einberufene Mitgliederversammlungen dürfen nur zeitlich und örtlich getrennt abgehalten werden.

Herr Emil Mator ist mit dieser Verordnung aufs Ganze gegangen. Er hat etwas gelernt von den Nationalsozialisten. Doch zu spät. Wir erinnern ihn an ein Zitat aus „Die Völkische“, allwo es heißt: „Zurück, du rettest den Freund nicht mehr...“ Wir werden auch diese Anekdote gesund überleben: Sie ist ein Stahlbad für den Nationalsozialismus, aus dem wir frisch und gestärkt entstehen werden.

Also nach dem 3. Januar!

Frech oder geisteskrank?

Es kann niemand über seinen Horizont hinaus und bei manchen Menschen scheint er sehr begrenzt zu sein. Jedenfalls bekommt man diesen Eindruck, wenn man das „Neue Mannheimer Volksblatt“ liest. Nur sind wir uns nicht ganz im klaren, ob diese Engstirnigkeit in den Redaktionsstuben des „Volksblattes“ vorherrscht oder ob die Leser von diesem Uebel befallen sind. Vermutlich beide. So hat wieder einmal vor einigen Tagen ein Artikler des „NVB“ einen Schuß losgelassen, der, wie alle anderen, nach hinten los ging. Da stand also im „NVB“ ein Artikel „Joos und Hitler“. Die Voranstellung von Joos soll nach Zentrumsansicht sicher bedeuten, daß Joos ein viel größerer und volkstümlicherer Mann ist als Hitler. Diese Vermutung trägt nicht, denn das ganze nachfolgende Geschreibsel ist ein Loblied auf den „großen“ Arbeiterführer Joos, während Hitler im Vergleich mit ihm geradezu miserabel abklingt. Ausgehend von der Bemerkung, daß Joos auf der Pariser Abstimmungskundgebung mit „Hitler“ begrüßt wurde, wird Joos als „der große Arbeiterführer“, wobei der erste wie der zweite Bestandteil dieses Wortes gleichermaßen zu betonen sind, bezeichnet. Weiter heißt es wörtlich:

hinter ihm und damit hinter dem Zentrum stehen. Wie sieht es nun damit aus? Statistisch festgestellt wurde, daß sich das Zentrum aus 75% Frauen, 23% Beamten, Bauern, Priestern usw. und nur aus 2% Arbeitern zusammensetzt, während 40% der Mitglieder der NSDAP. dem Arbeiterstand angehören.

Damit richtet sich die Behauptung von einem großen Arbeiterführer von selbst.

Lächerlich müßt der Satz an, daß Hitler nicht darnach frage, ob in der nationalsozialistischen Bewegung tatsächlich Arbeiter vorhanden seien oder nicht. Unser Standpunkt ist der, daß jeder Arbeiter ist, gleich ob Arbeiter der Faust oder der Stirn, soweit er am Allgemeinwohl unseres Volkes mitarbeitet. Die Behauptungen, daß Hitler nie das soziale Problem der Arbeiter erkannt habe und bereits schon bei verschiedenen Parteien gescheitert sei, sind echt zentrumschristliche Lügen.

Wer Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“ gelesen und begriffen hat, erkennt, daß hier ein Mensch wirklich in allen Phasen das Problem des Arbeiters endgültig gelöst hat.

Adolf Hitler war nie Mitglied einer anderen Partei, noch hat er jemals bei einer solchen Ansuchen gesucht. Nach dem „NVB“ ist es bezeichnend für Joos, daß dieser mit Vorliebe vom Verband katholischer Akademiker (des Zentrumsakademiker) um Referate gebeten worden ist. Demgegenüber stellen wir fest, daß Hitler von allen Schichten unseres Volkes um Referate gebeten wird! Durch diese Tatsache ist der Beweis erbracht, daß der Arbeiter neben dem Gelehrten der Verwirklichung der wahren Volksgemeinschaft unter Hitlers Führung zufließt. Ausgerechnet das Zentrum sorgt sich darum, ob sich der Arbeiter neben dem Fürsten wohlfühlen kann. Keine Bange, ihr „christlichen“ Herrn, wir haben gezeugt, daß der Fürst neben dem Arbeiter marschiert. Wir bezweifeln aber, daß sich der Zentrumsarbeiter neben dem H. H. Erzbischof oder gar dem Papst wohlfühlen wird. Doch das geht ja uns nichts an, wir wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche mischen. Dem Glauben, daß Hitler sich nicht forientiert habe, überlassen wir gerne dem Zentrum. Sorge es vor allem dafür, daß es die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens bei der Stange halten kann!

Bitte schön!

Am 12. November 1931, drei Tage vor der heffischen Landtagswahl, erschien im „Mainzer Journal“ der folgende Aufruf:

„Aufgepaßt!“

Das Zentrum, unter Führung von Brüning und Raas, ist gegen jeden Klassenkampf und gegen jeden Klassenhaß, infolgedessen auch gegen den Antisemitismus. Werks auch, ihr von den Nazis verfolgten Juden, merkt's euch, ihr unter dem Klassenkampf und Klassenkampf Leidenden, wählt am nächsten Sonntag Zentrum, die Liste Nr. 2.“

Das „Mainzer Journal“ ist das Organ des Generalvikars Dr. Mayer, jenes Mannes, der den bekannten Erlaß gegen den Nationalsozialismus herausgab, und der es zwar in Ordnung fand, daß der Massenmörder Kürten unter kirchlichem Beistand zum Schafott gebracht wurde, aber unseren Pg. Gauleiter Gemeinderat das kirchliche Begräbnis verweigerte.

Wie sie lügen!

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit:

Die margistische Presse, deren groß angelegter Verleumdungsseidzug gegen die NSDAP. bisher ködlich zusammengebrochen ist, geht neuerdings dazu über, die Reden unserer führenden Parteigenossen zu fälschen. So wird der Rede, die Gregor Strasser am 4.12.31 in Stuttgart gehalten hat, von der margistischen Presse an entscheidenden Stellen ein erlogener Text unterschoben. Insbesondere ist die Behauptung, daß Strasser erklärt habe: „Eine Verständigung mit Frankreich ist Wahnsinn. Es gibt nur Krieg mit Frankreich“ ebenso eine Fälschung, wie die angebliche Äußerung: „Und wenn wir bis an die Knie im Blut stehen müssen...“ Auf weitere Einzelheiten der margistischen „Berichterstattung“ einzugehen, erübrigt sich.

Das „N.M.B.“ fälscht Wahlergebnisse

Schon oft haben wir die lügenhafte Berichterstattung des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ anprangern müssen. Was sich dieses Blatt in seiner vergangenen Montagsummer leistet, gibt uns wieder dazu Anlaß. Um die eigene Niederlage bei den württembergischen Gemeindevahlen zu verschleiern und den Einbruch des Nationalsozialismus in die margistische Front nicht eingestehen zu müssen, fälscht die allerchristlichste schwarze Lunte einfach die Wahlergebnisse vom 14. September 1930. So veröffentlicht das „NVB“ folgende Wahlergebnisse von Stuttgart:

	14.9.31	wirkliche Stimmenzahl
Christl.-Soz. Volksdienst	9 075	11 392
Kommunistische Opposition	4 037	—
Sozialdemokraten	48 810	55 602
Zentrum	18 186	19 074
Deutschnationale	19 525	18 006
Frauenliste	4 760	—
Einheitsliste (Demokr., DVP., BK-Partei, Nat. Ver.)	23 104	49 998
Nationalsozialisten	44 599	21 360
Kommunisten	37 803	36 119
		38 414

Die Tatsache, daß das Zentrum allerorts sehr beträchtliche Einbußen erlitten hat, scheint in S. 2,3 mächtig eingeschlagen zu haben. Der gesamten Redaktion blieb die Spucke weg. Ueber alle anderen Parteien wurden im Kommentar ein paar Worte geschriebe, nur über das Zentrum nicht. Warum denn? Man könnte doch schreiben, „das Zentrum hat sich gut gehalten“ usw. Man scheut vor einer Fälschung nicht zurück, warum denn auf einmal vor einer kleinen Lüge? Man konstruiert bei den Kommunisten (einschl. Opposition) einen Stimmengewinn von 5700, während sie tatsächlich nur 3400 Stimmen gewinnen konnten. Man schreibt von einem Verlust des Zentrums von 900 Stimmen, während er 1500 Stimmen beträgt! Alle Lügen und sonstige Mandoer können es bei den württembergischen Gemeindevahlen nicht verschleiern, daß der „Zentrumssturm“ bedenklieh ins Wanken geraten ist. Das hätte man zugestehen, zumindest aber die Zahlen richtig bringen sollen.

Somit das „Neue Mannheimer Volksblatt“. Was glaubst du nun, lieber Leser? Wenn Adolf Hitler diese Zeilen vor sich bekommt, wird er sich bestimmt vor dem „übertragenden“ Arbeiterführer Joos verkrüchten und nie mehr etwas von sich hören lassen — oder er wird so wie wir das getan haben, einmal herzlich lachen. „Eigenlob stinkt.“ Dieses Sprichwort bewahrt sich auch dieses Mal wieder. Wenn Herr Joos wirklich ein so großer Arbeiterführer wäre, dann müßten logischerweise große Teile der deutschen Arbeiterschaft

War
Der
Nach
jagt und
gehören,
mit dieser
Wir
hierüber
Abgeordn
minister,
gegenüber
hat. Er
gewisser
während
haben
150 Mill
N e n d e
finanzmin
Mannheim
unterfuch
Es ist
Herr Dr.
gekommen
Dietrich
sollte, da
Eingabe
wenigstens
jener S
Reichsbau
Wendels
trieben w
wohl die
vermögens
Von
selt, daß
sämtlichen
worden
Deutschl
den deut
die vellei
spreche ich
daß
Berm
die g
Etw
Was
1. Vert
Vertre
So rufen
Nach, wo
Vertrauen
ragendsten
und doch
von 1918
(12. Dezem
in der es
„U
schen E
Stamm
heiligt
dem de
hindurch
Jenes De
denn diese
schen Rass
Kultur, d
tatsächl
Materialis
Jahrgange
mammon
Finanzha
das deut
marsch un
Das deut
nur mater
erteilt. Es
„We
und we
12 Jahr
brecheri
klaren
sende u
ihre sa
langen
Vertrau
Herr
selben Mo
2. B
„Warum
liegt so na
thal die
juden Vert
die des be
in der etne
jetzige De
lichkeiten,
recht unrl
haben die
einer Unter
Mal die R
die Rheinl
Welt über
dürften ver

Warum nicht jetzt, Herr Reichsfinanzminister?

Der Fall Mannheimer — Unerhörte Bereicherung eines Juden durch beschlagnahmte deutsche Auslandswerte Er war Beamter der Reichsbank

Nachdem in letzter Zeit ein Finanzskandal den anderen jagt und Kapitalverschleudungen sozusagen zum guten Ton gehören, wollen wir diejenigen in Erinnerung bringen, die mit dieser neudeutschen Verdienstmöglichkeit begonnen haben.

Wir greifen etwas weiter zurück. Einen gewissen Aufschluß hierüber geben nämlich die Ausführungen, die der damalige Abgeordnete Dietrich (Baden), der jetzige Herr Reichsfinanzminister, in der Reichstagsitzung vom 22. November 1920 gegenüber dem damaligen Reichsfinanzminister Wirth gemacht hat. Er sagte wörtlich: „Es ist behauptet worden, daß ein gewisser Mannheimer, der als Beamter der Reichsbank während des Krieges in Holland gefesselt habe, es fertiggebracht haben soll, so viel zu verdienen, daß er heute 100 bis 150 Millionen zugute habe, und zwar bei dem Bankhaus Mendelssohn in Berlin. Ich möchte dem Herrn Reichsfinanzminister raten, einmal die Steuerrollen dieses Herrn Mannheimer und sein Konto an Hand dieser Darlegungen untersuchen zu lassen.“

Es ist nicht bekannt, ob der damalige Reichsfinanzminister, Herr Dr. Wirth, dieser Anregung seines Kollegen Dietrich nachgekommen ist. (Eventuell könnte Herr Reichsfinanzminister Dietrich es jetzt nachholen!) Aber wenn er es getan haben sollte, dann hätte er — so steht in einer sachverständigen Eingabe neueren Datums an das Reichsfinanzministerium wenigstens geschrieben — herausfinden können, „daß von jener Seite, das heißt dem damaligen Vertreter der Reichsbank in Holland, der heute Mitinhaber von Mendelssohn & Co. ist, seinerzeit Kapitalverschleudungen betrieben wurden, die in viele Hunderte Millionen gingen und wohl die krasseste Form der Enteignung deutschen Privatvermögens einleiteten.“

Von Dr. Mannheimer soll sogar in Szene gesetzt worden sein, daß den deutschen Staatsbürgern im Jahre 1920 ihre sämtlichen Auslandswerte durch die Reichsbank beschlagnahmt worden sind. „Ich spreche nicht — heißt es in der vorliegenden Denkschrift weiter — von der Tatsache der Beschlagnahme des deutschen Auslandsbestandes durch die Reichsbank selbst, die vielleicht im Reichsinteresse notwendig war, aber davon spreche ich.“

Daß Herr Dr. Mannheimer die sämtlichen Werte zur Verwertung nach Holland erhielt, und daß er privim die ganz riesigen Kursgewinne für sich persönlich buchen konnte,

die also weder die Inhaber dieser Effekten noch das Deutsche Reich erhielten. Zwei hochangesehene Bankiers in Frankfurt am Main, die in der deutschen Finanzwelt von jeher eine große Rolle gespielt haben und noch spielen, haben mir Ende Oktober 1920 auf meinem Büro in Amsterdam (heißt es in der Denkschrift weiter) „vertraulich“ gestanden, daß ihnen für ihre Mithilfe in jener Angelegenheit von Dr. Mannheimer gerade je 1 Million Gulden ausbezahlt worden sei, für die sie damals Anlagemöglichkeit in Holland suchten.“ — Die Dienste dürften wohl darin bestanden haben, daß der Reichsbankbeamte Dr. Mannheimer als eigentlicher Kuppelmeister die verhängnisvolle Beschlagnahme der ehemaligen deutschen Auslandswerte durch diese „neutral“ wirkenden Herren der Reichsbank empfehlen ließ. Der Ordnung halber muß festgestellt werden, daß Herr Dr. Schacht damals noch nicht in der Reichsbank saß, denn er hat in einem besonderen Brief ausdrücklich auf die Feststellung Wert gelegt, daß „er — Schacht — erst an das Ruder kam, nachdem diese Dinge leider Gottes schon geschehen waren.“ Man kann ihm auch nachsagen, daß er mit dieser ersten größeren Entzignung des deutschen Privateigentums durch „Deutsche“ nichts zu tun haben will — heutzutage, wo die Dinge doch noch einmal behandelt werden müssen — auch nicht mit Herrn Mannheimer, der bei der Einweihung des Palastes der ihm sehr verbundenen Bankfirma Berson & Co. in Amsterdam die Inschrift „Vom deutschen Volke“ vorgeschlagen haben soll.

Hieraus ersehen wir, daß sich diese Blutsauger des deutschen Volkskörpers noch im Ausland über das am Boden liegende ausbalduerte deutsche Volk in der schmutzigsten Weise lustig machen. „Wäre nun Herr Dr. Wirth — so heißt es in der schon zitierten Denkschrift weiter — dem damaligen Abgeordneten Herrn Dietrich gefolgt, so hätte er herausfinden müssen, daß der Abgeordnete Dietrich damals die Gewinne Mannheimers noch viel zu niedrig tarifiert hat. In seiner schon zitierten Reichstagsrede von 1920 sprach er nämlich nur von 120 bis 150 Millionen, worunter man damals leicht Papiermark verstehen konnte. Es kamen aber damals nicht nur Goldmark in Frage, sondern Dr. Mannheimer besitzt heute als der höchstbesteuerte Holländer mindestens ebensovielen Dollar, die er sich in den wenigen Jahren als Vertreter der Reichsbank in Holland mit 20 Gulden Plätzen pro Tag nicht gut erworben haben kann, auf einer Vermögensbasis, die gleich Null ist.“ Aber

weder Herr Wirth noch sein Nachfolger im Amt haben da anscheinend jemals weiter nachgeprüft.

Auch hat wohl niemand weiter daran Anstoß genommen, daß Herr Mannheimer dann als Teilhaber in die Firma Mendelssohn eintrat, die bei Vermittlung deutscher Anleihen, insbesondere kurzfristiger Zwischenkredite für das Reich, ja auch heute noch neben der Reichsbank, der Seehandlung und der Beratungsstelle eine zentrale, um nicht zu sagen eine monopolistische Rolle spielt.

Wir fragen nun an:

Herr Reichsfinanzminister, wollen Sie nunmehr die Steuerrollen des Herrn Dr. Mannheimer nachprüfen lassen, was Sie als Abgeordneter seinerzeit in Vorschlag gebracht hatten? Wollen Sie uns freundlichst Auskunft geben, wo Herr Dr. Mannheimer her ist und wer er ist?

Wo mehr als drei Viertel des deutschen Volkes heute nicht mehr besitzt, als die nackte Arbeitskraft und eine immer fraglicher werdende Gesundheit, wo fünf Millionen Arbeitslose das furchtbare Leid des Winters spüren, fordern wir Sühne für die Raffgier eines nicht mal einzig dastehenden Falles wie „Mannheimer“.

Die schwarz-rot-goldenen Geldverdiener

Bekanntlich unterhalten schon seit langem die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Dresdner Bank und Reichskredit in Frankreich Filialen, damit ihnen keinerlei Gelderwerbemöglichkeiten und keine internationalen Verschönerungsmöglichkeiten ungenutzt bleiben. Diese internationalen schwarz-rot-goldenen Erwerbsquellen haben, wie uns jetzt bekannt wird, auch das Bankhaus Warburg, Hamburg, nicht mehr schlafen lassen. Und so eröffnete nunmehr auch diese weltanschauungs-idealistische Wohltätigkeitsanstalt in Paris eine Filiale unter der Leitung des Herren Bauer (ehem. bei der Banque des Pays de l'Europe Centrale).

Gott segne das ehrbare Handwerk. Der deutsche marginalsche Arbeiter kann weiter schlafen, langsam und sicher ins Jenseits hinein. — Nur keine Aufregung zu den Verhandlungen bei der „A. I. 3.“! Herr Dr. Reichler von Warburg, Hamburg, wird von seiner französischen Filiale schon die richtigen Informationen über die französischen Wünsche erhalten haben!

A.-G., Fil. Düsseldorf, 24.000 RM und weitere 14.000 RM als Darlehen zukommen. Man ging dabei so zu Werke, daß man den beiden Herren, die bei ihren Banken auf die von der Firma Weil beantragte Kreditgewährung einen maßgebenden Einfluß hatten, Gemeinshaftsgeschäfte, von denen angeblich ein sicherer Gewinn zu erwarten sei, vorschlug, ohne daß jedoch dabei genaue Angaben über die vorzunehmenden Geschäfte gemacht wurden. Nach einiger Zeit brachte man als angeblich erzielten Gewinnanteil Beträge von mehreren tausend Reichsmark gut. Dies wiederholte sich solange, bis die oben angegebenen Summen erreicht waren. ... Das Gerücht hat jedoch auch im Falle Kahn keinen Zweifel, daß die beiden Angeklagten die Kahn zugewonnenen Gelder als Schmiergelder anfaßen. Daran ändert auch nichts, daß man dabei, wohl in Rücksicht auf die erprobte Stellung des Dr. Kahn, noch außen etwas vorfälliger zu Werke ging und von Kahn zunächst eine Einzahlung verlangte, die dieser auch nachgewiesenermaßen zu Beginn der Gemeinshaftsgeschäfte in Höhe von 30.000 RM, die später wieder zurückbezahlt wurden, leistete. Vergegenwärtigt man sich nun auf der einen Seite die einflußreiche Stelle des Dr. Kahn und auf der anderen Seite den Umstand, daß keines dieser angeblichen Gemeinshaftsgeschäfte in den Büchern der Firma Weil erscheint und daß die geschäftsführenden Brüder Weil wohl die letzten sind, die sich einen sicheren hohen Gewinn ohne Grund selbst entgegen ließen und vergleicht man damit weiter den Fall Hammett, in welchem man ähnliche Wege ging, dann dürfte dies alles die Richtigkeit der Ansicht des Gerichts, das in den Kahn als angebliche Gewinne zugeflossenen Beträgen lediglich verkappte Schmiergelder sieht, bestätigen. Es kann dabei ganz dahin gestellt bleiben, ob sie auch von Kahn, der dies unter Eid bestritt, als solche empfunden wurden.

Herr Staatsanwalt, ist Ihnen das bekannt?

In der gleichen Verhandlung wurde auch der ehemalige Buchhalter Schmidt der Juden Weil über das Verhältnis zwischen Dr. Kahn und den Brüdern Weil befragt und dieser jagte hierüber wörtlich folgendes aus:

„Der Verkehr war so kolossal, wie die Besuche und der schriftliche Verkehr, der gepflegt worden ist. Ich weiß auch, daß die Firma Weil Herrn Dr. Kahn zwei Schecks überbracht hat über eine ganz horrend Summe, die Dr. Kahn vorübergehend gebraucht hat. Das verlangt ein Bankdirektor von einem Kunden nicht, mit dem er nicht in ganz enger Freundschaft steht. Ich meine, es war ein Scheck über Millionenbeträge.“

Der Jude Dr. Kahn hat also nach den Angaben des Buchhalters Schmidt von der Firma Weil Millionen-Schecks zur Verfügung gestellt bekommen. Im Interesse aller Einleger und Sparer und der gesamten Öffentlichkeit fordern wir genau Auskunft, zu welchem Zwecke diese Schecks verwendet wurden.

Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran zu erfahren, wozu ein Bankdirektor „vorübergehend“ Millionen-Schecks benötigt.

Wenn wir richtig unterrichtet sind, wurden diese Schecks zur Zeit über Jahresfrist gegeben, während dem man Bilanzen zu machen pflegt.

Die Vermutung liegt also sehr nahe, daß diese Schecks zu Bilanzverschleierungen verwendet wurden. Sollte dies der Wahrheit entsprechen, dann fordern wir rücksichtsloses Vorgehen gegen die Schuldigen und deren strengste Bestrafung. Regierung und Wirtschaft werden umsonst nach dem Vertrauen des Volkes rufen,

Etwas für Sie, Herr Staatsanwalt!

Was ging in der Rheinischen Creditbank und der späteren Dedibank vor?

1. Vertrauen — ein Echo aus vergangener Zeit

Vertrauen, Vertrauen, schenkt uns wieder euer Vertrauen! So rufen alle kleinen und großen Machthaber von Süd bis Nord, von Ost bis West in unserem deutschen Vaterlande. Vertrauen — gegenseitiges Vertrauen war eines der hervorragendsten Merkmale deutscher Art, der nordischen Rasse — und doch war dieses Wort vor jener unglückseligen Resolution von 1918 im Volke wenig gebraucht worden. Im Jahre 1918 (12. Dezember) gab die Zentrumsparlei eine Broschüre heraus, in der es heißt:

„Aus der Tiefe der Jahrhunderte steigen die germanischen Stämme herauf. Frühzeitig verband sich mit ihrer Stammeseigentümlichkeit das christliche Kulturelement. Dieser heilige Bund zwischen Deutschtum und Christentum schenkte dem deutschen Volk herrliche Früchte die Jahrhunderte hindurch.“

Jenes Deutschland brauchte nicht nach Vertrauen zu rufen, denn dieses Vertrauen war ein Stück Kulturgut der germanischen Rasse. Bewußt betriebener Zersetzung der germanischen Kultur, durch die nur den Mammon anbetende jüdisch-orientalische Rasse, ist es zu verdanken, daß der fremdstämmige Materialismus den deutschen Idealismus untergraben konnte. Jahrzehntelang war der Liberalismus im Dienst des jüdisch-mammonistischen-marginalistischen Größten der Wegbereiter jüdischer Finanzherrschaften. Da plötzlich geht ein großes Erwachen durch das deutsche Volk. Das Ende des Liberalismus ist im Anmarsch und mit ihm eine Wiebergeburt deutscher Weltansicht. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit hat den Trägern der nur materialistischen Gedankenwelt eine entschiedene Abfage erteilt. Es hat kein Vertrauen mehr zu ihr.

„Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht und wenn er gleich die Wahrheit spricht.“ — 12 Jahre lang wurde das Volk geradezu verbrecherisch über sein wahres Schicksal im Unklaren gehalten. Eine Inflation brachte tausende und abertausende ehrlicher Sparer um ihre sauer verdienten Groschen und heute verlangen die politischen Machthaber vom Volke Vertrauen!!

Herr Dr. Brüning fordert Vertrauen und ergreift im selben Moment Maßnahmen, die alles andere, nur nicht das

Vertrauen des Volkes zur Regierung stärken. Immer wieder neue Belastungen der Landwirtschaft und des Mittelstandes, Gehaltskürzungen und neue Abzüge bei den Vermögern der Armen. Dagegen keine energischen Maßnahmen gegen Bank- und Börsengewinnler, keine Besteuerung der Ver. erwinnne, keine Maßnahmen gegen die Konsum- und Warenhauspest. Wo bleibt die allerschärfste Bestrafung der betrügerischen Manöver der Bank- und Börsenfürsten?? Wo bleibt hier Ihre „starke Hand“, Herr Reichskanzler? Wo bleibt die Verstaatlichung der Banken? Hier erwartet das Volk einschneidende Maßnahmen, Herr Brüning!

Am 27. November hielt der Reichsverband der deutschen Industrie in Berlin eine Sitzung ab, in der ganz besonders deren Vorsitzender Dr. Krupp von Bohlen und Halbach in seiner Eröffnungsrede darauf hinwies, daß im deutschen Wirtschaftsleben durch die Umgestaltung der Verhältnisse eine einzelne verstanden haben, die momentane Lage unter Verletzung von Treu und Glauben zum Schaden der Allgemeinheit auszunutzen. Dabei appellierte er an die Gesamtheit, dafür Sorge zu tragen, daß in dieser Hinsicht eine große Reinkung vorgenommen werden möge. Wir gehen mit Dr. Krupp von Bohlen und Halbach einig, kommen dabei aber nicht um die Frage herum, wie es überhaupt möglich war, daß Skandale in der deutschen Wirtschaft, wie sie ununterbrochen die Öffentlichkeit beschäftigen, solche Ausmaße annehmen konnten. Unsere Forderung ging schon immer dahin, das gesamte Bankgewerbe unter staatliche Aufsicht zu stellen und wir sind der festen Ueberzeugung, wäre dies geschehen, dann wären diese Skandalgeschichten unterblieben, zum mindesten aber auf ein Minimum herabgedrückt worden. Gerade denjenigen Stellen, die dazu berufen sind, die Allgemeinheit vor Schäden zu bewahren, können wir den Vorwurf nicht ersparen, hier vollkommen verfaßt und dadurch der Korruption Tür und Tor geöffnet zu haben, obwohl es für sie bei der nötigen Aufmerksamkeit ein Leichtes hätte sein müssen, Auswüchse radikal auszumerzen und die Uebelthäter ihrer gerechten Strafe zuzuführen. Ist es nicht bedenklich, daß bereits bei allen Bank- und Börsenskandalen ausschließlich Juden die Schuldigen waren oder doch zum mindesten die Hintermänner gewesen sind? In allen diesen Fällen wurde das deutsche Bankgewerbe hineingezogen, sodas es nicht Wunder nimmt, wenn die Öffentlichkeit das Zutrauen zu dessen Ehrbarkeit verliert.

2. Bilanzverschleierungen bei der Rheinischen Creditbank, der späteren Dedibank?

„Warum denn in die Ferne schweifen, sieh' das Schlechte liegt so nah!“ Im Mai d. Js. (sind bekanntlich in Frankenthal die sensationelle Verhandlung gegen die beiden Schnapsjuden Berthold und Hugo Weil aus Neustadt a. d. N. statt, die des betrügerischen Bankrotts usw. angeklagt waren und in der eine Mannheimer Großbank, die Rheinische Creditbank, jetzige Dedibank einschließlich verschiedener leitender Persönlichkeiten, die in großem Maße zum Teil ausgetreten (1) sind, eine recht unrühmliche Rolle gespielt haben. Im Januar 1930 haben die Juden Weil ihre Zahlungen, unseres Wissens mit einer Unterbilanz von 10 Millionen RM, eingestellt, worauf im Mai die Konkursverföpfung erfolgt ist. Hauptgläubiger war die Rheinische Creditbank, jetzige Dedibank, die den Juden Weil überaus große Kredite gewährt hat. Diese Kredite dürften verloren sein. Zweifellos ist es für die Sparer noch

Belang zu wissen, was mit ihnen, der Bank anvertrauten Geldern geschäht und aus welchem Grunde diese zur Hingabe übermäßiger Kredite veranlaßt worden ist.

Bei der Rheinischen Creditbank war damals der Jude Dr. Richard Kahn, Mannheim, Augustaanlage 20, als Direktor der Kreditabteilung tätig, der den Schnapsjuden Weil gegen ein Sparvergelb von RM 40.000.— die Kredite gegeben hat. Landgerichtsdirektor Eggemos führte in seiner Urteilsbegründung hierzu folgendes aus:

„Man liehen — um hiermit zu dem Kapitel Schmiergelder zu kommen — beide Angeklagten vom Jahre 1925 bis Anfang 1929 den damaligen Direktor der Rheinischen Creditbank und späteren Dedibank in Mannheim, Dr. Richard Kahn, Beträge von mindestens 40.000 RM und im Jahre 1929 dem Dr. Gust. Hammett von Rhein. westfälischen Getreide-Credit

le Studenten, ender in der haben diesen Sozialisten“.

tags

ische Landtag men. Hierbei enden Mehr- undtagses geat Deip mit zur Sitzung ankheit. Wir fehlt. Sein reude machen. den Direktor Dr. wegzieh.

erlande

der Tatsache, rganisationen der angereizt ung gegeben, verächtlicher gereizt wird, in solche Ver- end verboten er zugelassen Des weiteren sammlungen egebenfalls Den angeb- insb-sondere afig als ver- egehung des ng darstellen, zugewendet anhaltungen en nur zeit-

arfs Ganze nsozialisten, t aus „Die den Freund lung gesund sozialismus, en.

a. Wie sieht sich das in, Briefstern während terstand an-

großen

cht darnach tafächlich ndpunkt ist Faust oder Bolkes mit- das feilsche bereits schon zentrums-

fen und wirklich ndgültig

Partei, noch Nach dem mit Vorliebe entrumsoaka- entgegenüber ten unseres Tatsache ist im Gelehten unter Hilters k sich darum, ühlen kann. ben gezeigt. Wir be- dem H. H. Doch das die inneren, daß Hitler dem Zentrum. Staatsbürger

er Heffischen der folgende

nd Raas, ist Klassenbah, s. Merkt's merk's euch, f Leidenden, Dr. 2.“

generalvikars ch gegen den in Ordnung em Verstand Og. Souleitter

wenn mit solch finsternen Vorgängen nicht endgültig Schluss gemacht wird.

Aufgabe der Staatsanwaltschaft wird es sein, gründlich in dieses Dunkel der Angelegenheit Weiß-Dr.

3. Wie steht es mit der Auskunftserteilung der Debitant ?

Ein Kapitel für sich ist die Auskunftserteilung im Bankwesen. Hier wird scheinbar in einer geradegu jährlichen, sehr oft sogar bewußt betrügerischen Weise gehandelt.

Ein erwerbsloser Kaufmann — nennen wir ihn aus irgend einem Grunde Schulze — bewirbt sich um die Generalvertretung für Baden bei der Firma Messner, Fischer und Co., Komm.-Ges., Spirituosen-Großhandel in Köln.

Vertraulich. Mannheim, Datum des Poststempels.

Wir behändigen Ihnen beifolgend die gewünschte Auskunft, von welcher Sie ohne jede Verantwortlichkeit für uns und unsere Gewährleute diskreten Gebrauch machen wollen.

Hochachtungsvoll Deutsche Bank und Discontogesellschaft Fil. Mannheim

Ihr Zeichen: Anfr. n. 30, 10, 30. Messner, Fischer & Comp., Komm.-Ges. Spirituosen-Großhandel Köln Matiasstr. 2

Man teilt uns mit: „Die Firma wird als Kommanditgesellschaft mit einem Kommanditkapital von RM 100 000.— betrieben und von den Geschäftsführern unseres Trachtens solide geleitet.“

Mannheim, den 6. 11. 30. Herrn Karl Schulze, Mannheim

Diese Auskunft wurde am 6. 11. 30 erteilt. Am 4. & 31 wurde vom Konkursverwalter, Rechtsanwalt Dr. jur. Josef Schoomann, Köln, der Konkursbericht obiger Firma herausgegeben.

In die Gläubiger der Firma Messner, Fischer & Comp. und deren Komplementäre, der Kaufleute Herrn Messner, Herrn Fischer.

In mehreren Gläubigerauschüssen wurden die Sicherungsübereignungsverträge bezüglich der Waren und der Debitoren eingehend geprüft und führten zu nachstehendem einstimmigen Ergebnis:

2. Die Sicherung der Deutschen Bank ist ebenfalls unanfechtbar. Sie hat eine nicht bevorrechtigte Forderung von ca. 17 000.— RM. Der Wert der ihr zur Verfügung gestellten Sicherungen beträgt 8—9000.— RM.

6. Herr Julius Collette hat eine anerkannte Forderung von 81 000.— RM. Er gab im Jahre 1927 der Firma Messner, Fischer & Comp. ein Darlehen von 30 000.— RM. Anfang 1928 ein weiteres von 20 000.— RM. Durch Vertrag vom 19. März 1930 wurden ihm Waren und Forderungen zur Sicherheit übereignet.

Die Anfechtbarkeit der Sicherungsverträge ist zu bezagen und zwar vor allem deshalb, weil die kurzfristigen Darlehen zunächst in langfristige umgewandelt wurden, und dann zu einer Zeit, als die Firma, wenn auch nicht direkt in Zahlungsschwierigkeiten, so aber doch wirtschaftlich derart geschwächt

Kahn hineinzuleuchten und die Hebelstärker zur Verantwortung zu ziehen. Dies fordern wir im Interesse der Öffentlichkeit und Später!!

war, daß sie ihre Forderungen nurmehr durch Darlehen aufrechterhalten konnte. Vorübergehend war die Firma auch nicht liquid. Herr Jules Collette war durch seine Eigenschaft als Kommanditist über die gesamten finanziellen Verhältnisse der Firma Messner, Fischer & Comp. orientiert.

7. Frau Messner gab im Juli 1929 ein Darlehen in Höhe von 13 000.— und 7000.— RM in Form einer Hypothek. Außerdem übernahm sie bei größeren Geschäften Bürgschaften für die Schulden der Gemeindefrauen. Heute läuft noch eine Bürgschaft für die Forderung des Josef Schindler in Höhe von ca. 11 000.— RM gegenüber der Deutschen Bank in Höhe von 12 000.— RM.

Rechtsanwalt Schoomann schreibt weiterhin in seinem Konkursbericht u. a.:

Der Konkurs war von vornherein durch die schwierige wirtschaftliche und politische Lage bedingt, die sich nachher durch die Notverordnung noch schlechter herausstellte, als man anfangs annehmen konnte. Für diese Zufälligkeiten kann man aber keineswegs die Komplementäre verantwortlich machen. Sie sind, wie so viele kaufmännische Betriebe zum größten Teil ein Opfer der heutigen wirtschaftlichen Notlage geworden.

Es besteht also die Tatsache, daß vor der von der Debitant erteilten Auskunft vom 6. 11. 30 die Firma Messner, Fischer & Comp. „wenn auch nicht direkt in Zahlungsschwierigkeiten, so aber doch wirtschaftlich derart geschwächt war, daß sie ihre Forderungen nur mehr durch Darlehen aufrecht erhalten konnte“.

Herr Schulze — nun um RM 1500.— „erleichtert“ — schrieb daraufhin an die Deutsche Bank, Filiale Köln, folgenden Brief:

Mannheim, den 9. November 1931.

Ittl. Deutsche Bank Filiale Köln.

Unterm 6. 11. vor. Js. gaben Sie mir über die Fa. Messner, Fischer & Comp., Köln, eine zwar sehr vorsichtig gehaltene, aber im allgemeinen doch günstige Auskunft. In der Zwischenzeit ist diese Firma in Konkurs geraten und Sie haben sich rechtzeitig den Großteil Ihrer Forderungen lt. Bericht des Konkursverwalters gesichert, während ich als Erwerbsloser mit meinen 1500.— RM, mit denen ich mir eine Existenz aufbauen wollte, das Nachsehen habe und dadurch bis auf die Krisenunterstützung mittellos dahe. Ich weiß wohl, daß ich Sie für meine Leichtgläubigkeit gegenüber den Versprechungen dieser von Ihnen als solide gezeichneten Firma nicht verantwortlich machen kann. Aber ich muß doch von Ihnen als Bankinstitut annehmen, daß Sie bei Erteilung der Auskunft über die Lage der angefragten Firma orientiert waren, denn lt. Bericht des Konkursverwalters war die Firma — Ihr Kunde — lange vor Erteilung der Auskunft vorübergehend nicht liquid und wirtschaftlich derart geschwächt, daß sie ihre Forderungen nur durch Darlehen aufrechterhalten konnte.

Ihre Stellungnahme zu dieser Angelegenheit würde mich sehr interessieren.

Hochachtungsvoll Schulze.

Umgehend ertheilt Herr Schulze nachstehende Rückantwort:

Köln, den 13. November 1931.

Herrn Schulze Mannheim.

Wir empfangen Ihr gefl. Schreiben vom 9. er., womit Sie unter Bezugnahme auf die Ihnen am 6. 11. 1930 durch unsere Filiale Mannheim zugegangene Auskunft über die Firma Messner, Fischer & Comp., Köln, Ansprüche stellen zu können glauben.

Wir bemerken, daß die Fassung der Auskunft selbstverständlich unserer Kenntnis der Verhältnisse entspreche, die auf den uns von der Firma eingereichten Bilanzen, die von einer Treuhänder-Firma hergestellt waren, beruht. Diese Bilanzen und der Ruf der Leiter der Firma in der Branche rechtfertigte jedenfalls die, wie Sie selbst zugeben, vorsichtig gefaßte Auskunft durchaus. Daß sich gelegentlich der ein halb Jahr nach der Auskunftserteilung eingetretenen Zahlungseinstellung herausstellte, daß der Vermögensstatus wesentlich ungünstiger war als Sie erwarten ließ, ist für alle Beteiligten, auch für uns, sehr bedauerlich.

Nach Lage der Sache können wir also Ansprüche Ihrerseits nicht als berechtigt anerkennen.

Hochachtungsvoll U. Schaffhausen'scher Bankverein Deutsche Bank und Discontogesellschaft Unterchrift (unleserlich).

Herrn Schulze blieb nun nichts anderes übrig, als sich in sein Schicksal zu ergeben und selbstverständlich, gemäß dem Reichshofers Wunsch, sein Vertrauen nicht zu verlieren, sondern bei nächster Gelegenheit, d. h. wenn er wieder glücklicher Besitzer von RM 1500.— sein sollte, bestimmt sich erneut um eine Generalvertretung mit Kautions zu bewerben. Begreiflich kann er es aber trotzdem nicht, daß ein Bankinstitut ihm weis machen will, daß es von der schlechten Geschäftslage als Gläubiger nichts gemerkt habe. Er wird es auch nicht begreifen, daß der Konkursverwalter den Zusammenbruch der schlechten wirtschaftlichen Lage zuschreibt, und durch deren „Zufälligkeiten“ er um RM 1500.— geprellt wurde. Er wird vielmehr glauben, daß diese „Zufälligkeit“ eine nicht zu beschreibende Gemeinheit dieser Firma war, und daß er vielleicht absichtlich „hineingelegt“ worden ist, um gewissen Gläubigern ihre Quote erhöhen zu helfen.

Dies ist nur ein kleiner Fall, wie leichtfertig Auskünfte erteilt werden, und dadurch unbedingt das Vertrauen des Volkes zu dem heutigen System erschüttert wird. Wohl zitierte Herr Dröner in seiner vorlesenen Rundfunkrede ein Zitat Fichtes, welches lautet:

Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, An Deines Volkes Ausersehen, Laß diesen Glauben Dir nicht rauben, Trost allem, allem, was geschieht, Und handeln sollst Du so, als hinge Von Dir und Deinem Tun allein Das Schicksal ab der deutschen Dinge Und die Verantwortung wär Dein.

Der Reichsinnenminister hat aber dabei vergessen, daß dieses Zitat Fichtes aus ganz anderen Motiven heraus entnommen ist und der große Freiheitskämpfer in der heutigen Zeit wohl von etwas anderem schreiben würde, als vom Vertrauen des Volkes zu seinen Führern. Notwendig wird aber mit Rücksicht auf all diese Vorgänge immer die Forderung des Nationalsozialismus bleiben:

Verstaatlichung des Bankwesens. M. H.

Großbankrebbach beim Grundbesitzerbankffandal

Hunderte von Millionen hat die Reichsregierung auf dem Umwege über die Großindustrie dem Großbankunternehmen Jakob Goldschmidt zugeschanzt, angeblich damit die Kunden der Danabank nicht geschädigt werden. Auch bei dem kürzlich erfolgten Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz ließ die Reichsregierung zunächst erklären, daß sie durch die Dresdener Bank für die Abwicklung der Geschäfte der Grundbesitzer Sorge tragen werde.

Wie steht nun die Unterföhung der Dresdener Bank für die Geschädigten der Grundbesitzerbank aus? Die Großbank ist bereit, den Spareinlegern und Kontokorrentkunden 10% ihrer Guthaben auszugeben unter der Bedingung, daß die betroffenen Sparer und Bankkunden ihren gesamten künftigen Bankverkehr nur durch die Dresdener Bank abwickeln. Darüber hinaus verlangt die Großbank für die kümmerliche Beleihung der Guthaben eine reine Zinsvergütung von 16% (sechzehn Prozent), wozu noch die üblichen Bankspesen treten. Man muß schon sagen, das ist eine mehr als sonderbare „Reichshilfe“, durch die über eine Großbank die Betroffenen noch einmal geschädigt werden!

Die Wechselproteste im September

Die ersahbaren Wechselproteste im September 1931 sind lt. Wirtschaft und Statistik sowohl der Zahl wie auch dem Gesamtbetrag nach gegenüber dem Juni 1931 gestiegen, und zwar von rund 148 000 RM um 30 v. H. auf rund 192 000. Der Gesamtbetrag der zu Protest gelangenen Wechsel erhöhte sich von rund 32,4 Mill. RM um 55 v. H. auf 50,3 Mill. RM. Der durchschnittliche Betrag je protestierten Wechsel ist von 219 RM im Juni auf 262 RM im September gestiegen. Von der Gesamtsumme der vor 3 Monaten gegangenen Wechsel betragen die nachweislich zu Protest gelangenen Wechsel rund 1,4 v. H. (gegenüber 1,0 v. H. im Juni und 1,1 v. H. im Mai). Seit dem Beginn der Statistik (Januar 1931) sind in keinem Monat Zahl, Gesamt- und Durchschnittsbetrag der protestierten Wechsel so hoch gewesen wie im September.

Hörning als Rumbatänger

Der „Angriff“ meldet aus Berlin: Wo geht der aufrechte Proletarierführer tanzen? — Eigentlich eine überflüssige Frage, denn im Skizzenprozeß haben wir ja die bloßen „Voulettenkeller“ der marxistischen Prominenz kennengelernt. Adlon, Epianade und wie sie alle heißen. Und bitte: Wo die kleinen marxistischen Bönzchen vom Magistrat den Kaviar mit Sekt begossen, soll da nicht auch Hörning, der große Reichsbannerhüuptling das Langbein schwingen?

Der Deutsche Reichsautoklub, jenes jüdische Unternehmen, mit dem wir uns schon wiederholt befaßt haben, ladet zu einem Ball im Hotel Adlon, Protektorat: Frau Polizeipräsident Grzesinski. Im Ehrenausschuß aber sitzen unter anderen: Hörning, Oberbürgermeister Sahm, Staatssekretär Weismann, Reichspressescheff Jechin, der Jude Kerr, der Jude Liebermann und der Kortnererrechtler Sehner. Auch Walter von Molo sucht man nicht vergebens. Wir wissen nicht, ob dieser „deutsche Dichter“ vorher seinen Fredericus-Roman abgeschrieben mußte, bevor man ihn in den Adlonklub aufnahm.

Die Zeiten sind bekanntlich hart, sollter Elend und Not. Wenn das in der Öffentlichkeit jemand festzustellen magt, fällt die gesamte Journalistik über ihn her und nennt ihn einen unverantwortlichen Wisenmacher. Die verantwortlichen Chefredakteure dieser Journalistik sitzen ebenfalls alle im Ehrenausschuß. Der diese Billtenlese heutiger Prominenz kennen lernen will, kann für 10.— RM eine Eintrittskarte zum

Ovambo I. friecht zu Kreuz

Wir konnten in unserer Folge 76 melden, daß der große Reichsbanner-Feldmehel Hörning, ab 1. September eine eigene neue Zeitung, den „Deutschen Volkskurier“ herausgebracht hat. Nachdem ihn der Krieg auf freiem Feld und der Kampf auf der Straße gegen uns Nationalsozialisten nicht mehr befriedigte, glaubte er vermittleis eines Papierkrieges uns endlich den Garaus machen zu können.

Sein Parteivorstand war mit dieser Papierkriegs-Neugründung nicht einverstanden und sah darin eine Wpplittierung. Deshalb rückte man dem großen General Hörning ans Leder und verbot ihm das weitere Erscheinen seines Blattes. Und was tat der kühne Kriegsheld? Er kuschte wie ein getretener Hund vor der Parteikamarilla der SPD.

Fünf Tage hat dieses Blättchen Hörnings gelebt, und die Leser, wenn es schon welche hatte, beglückt. Wir bedauern natürlich das Eingehen dieser Journalistik, umformere als Hörning in der Nummer 6 gerade jene verächtliche „behoffene“ Besichtigung aus dem Reichstag veröffentlichen wollte, damit die Leser erfahren könnten, was für ein Reel er ist.

Ball ersehen. Damen: Ballkollette. Herren: Frack oder Smoking.

„Die Tombola enthält hochwertige Gewinne, Kraftwagen, wertvolle Gemälde“. Und da der Klub „vornehme Geselligkeit, soziale Beidigung und Aussprachemöglichkeit mit Klubkameraden und Beizinnungsfreunden“ bietet, so schwoft man auch im Adlon im Zeichen der Wohltätigkeit. Der Reinertrag fließt erwerbslosen Schauspielern zu. Wir sind biöh gespannt, was nach Abzug aller Unkosten übrig bleibt, denn wir kennen diese Art von Wohltätigkeit.

Das Bild muß übrigens begaubeend werden: Der blutrünstige Hörning — vielleicht in der Reichsbanner-Galauniform — unter der perlianergelodeten Koite von Konfektionsjuden, die Mitglieder des Klubs sind.

Aber Gerechtigkeit auch für Hörning: Es gehört allerhand dazu, vielleicht als Rumbatänger mit schaukelnden Hüften über das Parkett zu trippeln, und alles für die Wohltätigkeit.

Young-Elend!

Die Dingler'sche Maschinenfabrik AG, Zweibrücken hat ihr Zweigwerk in Bierbach stillgelegt. Die Belegschaft von 95 Mann wurde entlassen.

Die Vereinigten Seidenwebereien AG, Krefeld sehen sich gezwungen ihren Anrader Betrieb zu schließen. Von der 750 Mann starken Belegschaft werden 600 Arbeiter entlassen.

Der Betrieb der Süddeutschen Metallwerke in Walldorf wird mit einer Belegschaft von 220 Mann im Laufe d. Mts. geschlossen.

Die württembergische Uhren-Industrie Bäck Söhne in Schweningen hat den Stilllegungsantrag für das ganze Werk, das 3.31. 160 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, gestellt. Grundangabe ist die wirtschaftliche Notlage.

Bei dem Stegen-Salinger Großhahli-Aktien-Verein wurden über 100 Arbeiter und Angestellte infolge der schlechten Wirtschaftslage entlassen.

Erkrankung des Pg. Stöhr, M. d. R.

Pg. Franz Stöhr, M. d. R., der am 8. Dezember in Raumburg sprach, wurde 20 Minuten nach Beginn seiner Rede von Unwohlsein befallen, jedoch er im Sprechen aussetzen mußte. Der herbeigerufene Arzt stellte einen linksseitigen Schlaganfall fest. Die rechte Hand war gelähmt, was sich aber später besserte. Heute früh war das Befinden besser, die Lähmungen sind im Rückgange, jedoch völlige Genesung in kurzer Zeit abgesehen ist.

Größt

In den haben wir ei „Richtlinien“ (haft) sich Einzelheiten Im beite deutschen Stelle w enisch

Es kann dabe vorstand (wo das ganze O einführlich m Stadtrat I r seine „Erfahr Mann zu be Die von sich natürlich nach Temper Es hat d glücklich sind erwachenden s keimen Zweifel Und mancher sagt sich: Wie wieder eine das Parteibu am Ende ge Und weder d den schwarzen wirken könne an sich sei dann erst an Bauer und roten Unimä sonalamt auf sich von selbst

verbienen General Promine

Wahrscheinlich bei den Fahr über den in d Vorzimmerbed kretion bekan des Spatioh ordnung bewo Dienststelleno tungsdirektor

Die tedn in Ungnade, verhältnis ge keine Regel So hat

— wenigstens von der Höb Liebauamts, Sprossen auf in Gruppe I Leiter des I Dabel hat fi oerringert, wo Vorstand dur soren hat.

Am schli Beamten erg

Manu

Schloßmuse

Der bibl Papiere aus, gefächte aus verrät hier Sünden verge sich hier lech Die neue Fi Weniger papiere, Mel des Buchdruc

Kunstverei

Im Kun die alljährlich statt. So wa aus begreifl ab. Uns inter krog“, die an Dargebotene

Das „E bruch des R Werken (Bü hier noch ein Gemälde ist der Maltechn strahl, verlich jopphich

Schemen eine reitende Das drohend umwölkt bef He er ausst

Groß-Mannheim

Und nochmals: Mannheimer „Besoldungsordnung“

Die roten Kläffer

In den Ausgaben vom 15. und 18. 11. unseres Blattes haben wir einige Fälle aufgezeigt, wie die vorgeschriebenen „Richtlinien“ bei der Umgruppierung der städtischen Beamtenschaft sich auswirken. Heute wollen wir, ehe wir auf weitere Einzelheiten eingehen, Grundsätzliches feststellen:

Im dritten Reiche stehen die Beamtenstellen nur den deutschen Volksgenossen offen. Die Bewertung einer Stelle wird nicht vom Parabelbuch abhängig gemacht, entscheidend sind Tüchtigkeit und Charakter.

Es kann daher nicht vorkommen, daß ein roter Beamteneinzelvorstand (wobei nicht etwa eine Einzelperson, sondern fast das ganze Gremium gemeint ist) bei einer so wichtigen Sache einflußreich mitwirken kann. Schließlich wird auch der SPD-Stadtrat Trumppheller keine Gelegenheit mehr haben, seine „Erfahrungen“ bei einer künftigen Einteilung an den Mann zu bringen.

Die von der Umgruppierung nicht Betroffenen freuen sich natürlich und drücken ihr dreimal geheiligtes Parteilbuch je nach Temperament mehr oder minder fest an die Brust: Es hat doch wieder genügt! Und doch — ganz glücklich sind sie dabei schon nicht mehr: die Angst vor dem erwachenden Deutschland — Hamburg, Anhalt, Hessen lassen keinen Zweifel mehr — ist doch schon größer als man denkt. Und mancher der diesmal noch glücklich verschont Gebliebenen sagt sich: Wer weiß, ob nicht schon in ganz kurzer Zeit wieder eine Umgruppierung vorgenommen wird! Da wird das Parteilbuch nichts mehr nützen. Diese Einteilung nimmt am Ende gar nicht mehr der jegliche Personalreferent vor. Und weder demokratische noch rote Beamtenträger — von den schwarzen Mittelstern ganz zu schweigen — werden mitwirken können nach dem Grundsatz der Demokratie: Erst an sich selber denken, dann lang an nichts mehr und dann erst an die andern; nicht wahr, Herr Römer und Herr Bauer und Herr Berg und wie sie noch alle heißen, die roten Amtmänner 1. Klasse. Daß natürlich die beim Personalamt auch in erster Linie an sich gedacht haben, versteht sich von selbst.

verdienen doch die bewährten Mitarbeiter beim „Generalstab“ besondere Behandlung! Einige schwarze Prominente wurden in der „entsprechenden“ Gruppe belassen.

Wahrscheinlich zur Belohnung für ihre Mühe und Anstrengung bei den Fahrten nach Karlsruhe. Uebrigens, weil wir gerade bei den Schwarzen sind: wir haben noch etwas nachzutragen über den in der Ausgabe vom 18. November bereits erwähnten Vorgängerbeamten. Bei dem ist durch eine kleine Indiskretion bekannt geworden, daß ihn der Einteilungsspezialist des Sparkommissars nach der Gruppe 6 der neuen Besoldungsordnung bewertet haben soll. Trotzdem wird er im neuen Dienststellenverzeichnis weiterhin als wohlbestallter Verwaltungsdirektor geführt.

Die technischen Beamten sind bei Herrn Calm besonders in Ungnade. Bei deren Einstufung tritt ein krasses Mißverhältnis gegenüber den Verwaltungsbeamten zutage. Aber keine Regel ohne Ausnahme.

So hat man dem Vorstand des Hochbauamtes Ministerbezüge zugesagt

— wenigstens sind nationalsozialistische Minister mit Bezügen von der Höhe seines Gehaltes zufrieden. — Der Vorstand des Tiefbauamtes, der ohnehin auffallend hoch zu den höchsten Sprossen auf der Leiter der Beamtenausbahn stieg, wurde in Gruppe 13 belassen. Dagegen hat man den langjährigen Leiter des Maschinenamtes um eine Gruppe zurückverlegt. Dabei hat sich sein Aufgabenkreis sicher nur ganz unwesentlich verringert, während das Hochbauamt mit seinem überbesoldeten Vorstand durch die ruhende Bauwidrigkeit ganz und gar verloren hat.

Am schlimmsten ist es allerdings den unteren und mittleren Beamten ergangen. Wir haben dies auf Grund der bisher

gemachten Erfahrungen mit dem heutigen System auch gar nicht anders erwartet. Diese Herrn Nazis, die sich täglich in ihrer „Volksstimme“ geradezu hysterisch offerieren als die alleinigen Vertreter des schaffenden Volkes, haben es zugelassen, daß man die Gehälter der unteren Beamtenschaft geradezu auf das Unerhörteste kürzte. Wendet ja nicht ein, ihr konntet nichts dagegen machen, von wegen der Notverordnung. Auf euren allen Gauklertrick fällt niemand mehr herein. Glaubt ihr denn, die Betroffenen durchschauen eure Doppeltzügeligkeit nicht: Hier in Mannheim müßt ihr klaffen,

protestieren, wie ihr so schön sagt, und euer ministerlicher Genosse Emil Meier in Karlsruhe verfügt die Notverordnungen.

Seht ihr, bei unserer Bewegung könnte so was nicht passieren. Da herrscht Disziplin. Wenn da einer nicht gehorcht, dann steigt er an die frische Luft. Wenn ihr aber so vorgibt wolleit, würde sich der Verein nur noch schneller auflösen als durch den natürlichen Auflösungsprozeß.

Nun zurück zu den Beamten des schaffenden Volkes.

Scharff zu Gefängnis verurteilt

Ein jüdischer Betrüger vor Gericht!

In diesen Tagen spielte sich vor dem Mannheimer Gericht ein interessanter Prozeß ab, der einem jüdischen Großschwindler seine Maske vom Gesicht riß und zutage förderte, wie viele Deutsche von diesem Juden begaunert wurden. Es ist geradezu unbegreiflich, wie lange dieser Schwindler und Betrüger sein Handwerk betreiben konnte, ohne hinter Schloß und Riegel gebracht zu werden. Und als die hereingelegten Käufer einwandfrei dem Staatsanwalt die Gaunereien angezeigt hatten, verhaftete man Herrn Scharff, um ihn wenige Tage nachher gegen Stellung einer Kaution laufen zu lassen. Bedauerlich ist nur, daß sich seine christlichen Angestellten dazu hergaben, diese Betrügereien auszuführen und deshalb ebenfalls bestraft wurden, obwohl sie das Opfer dieses jüdischen Gauners wurden.

Die Beweisaufnahme brachte Betrug auf Betrug an den Tag. Die Anklage verzeichnete 16 Betrugsfälle, aber über 40 Personen wurden hereingelegt. Ein Riesenaufgebot von Zeugen mußten die Betrügereien dieses raffinierten „Geschäftsmannes“ bekunden. In 6 Fällen sollen gebrauchte Autos für neu verkauft worden sein. In den übrigen Fällen wurden alte Ersatzteile für neu berechnet und so die Kunden um tausende von Mark betrogen. Aus der Fülle der Fälle wollen wir nur einige herausgreifen.

Ein ausgebrannter Personenwagen wird mit neuem Karosseriet versehen und als „fabrikneu“ zum Preise von 4000 RM und einen alten Wagen verkauft. Auf dem Uebergabeschein war eine „Garantie für 12 Monate“ verzeichnet, obwohl der Wagen schon über 12 000 Kilometer gefahren war. Die Versicherung hatte seiner Zeit für den ausgebrannten Wagen 5000 RM bezahlt. Ein anderer Personenwagen wurde für 5800 RM mit 6 Monaten Fabrikgarantie verkauft, wobei Scharff behauptete, der Wagen sei „fabrikneu“. Als Kuriosum kann bezeichnend werden, daß ein Wagen vor Jahren bei der Unfallversicherungsmoche als Wrack auf dem Paradeplatz aufgestellt war und kurze Zeit darnach als „fabrikneu“ verkauft wurde. Mit allen möglichen Ausreden versuchte der Angeklagte sich herauszureden, entweder er habe es nicht gewußt, oder er habe den Käufern die Wahrheit (!) gesagt. Ein Kaufmann aus Neckarau kaufte einen Wagen als „fabrikneu“, der nach dem Gutachten des Sachverständigen mindestens 2 Jahre gefahren war, obwohl dem Käufer versichert wurde, daß der Wagen nur 33 Kilometer gefahren sei. Eine Reihe betrüge-

Die Meister, die bisher in Gruppe 7 alter Ordnung waren, wurden nach Gruppe 6 neuer Ordnung eingestuft. Sie verlieren sage und schreibe ca. RM 1500.— ihres bisherigen Einkommens. Nur ganz wenige von den Meistern hatten das Glück, in ihrer bisherigen Gruppe zu bleiben. Die Wissenden wissen warum, und die Unwissenden wollen wir auf die Fährte setzen. Es ist sehr auffällig, daß u. a. zwei Meister beim Theater und zwei beim Straßenbahnamt in ihrer Gruppe verblieben, während Meister auf viel wichtigeren Posten zurückgestuft wurden. Dabei soll der Obermeister Fischer vom Straßenbahnamt nicht einmal ein Handwerk gelernt haben. Aber was tut man nicht alles für gute Genossen und insbesondere für Meister, die sich nicht scheuen, beim roten Gemeindegewerkschaftsverband heute noch organisiert zu sein. Und schließlich sind Sie doch der Sekretär des Gemeindegewerkschaftsverbandes, Herr Trumppheller, nicht wahr? Wir können es ja verstehen, daß Sie sich als Sekretär des Gemeindegewerkschaftsverbandes bemühen, daß Ihnen die Felle nicht ganz fortzuschwimmen: denn von den Stadtratsbezügen und Landtagsabgeordnetenblättern allein kann man nicht leben. Für die Stadt allerdings dürfte die Bewertung einer Stelle nicht von der Zugehörigkeit zum Gemeinde- und Staatsarbeiterverband abhängig sein.

Nun noch ein Wort zu der vorgegriffenen Beamteneinzelvorstandlichkeit der augenblicklich noch Amtierenden. Die meisten Beamteneinzelstände, deren Inhaber aus dem Handwerkerstand hervorgehen, fallen künftig weg. Dies geschieht bei einer Stadtverwaltung, die heute noch zu Unrecht in marxistischen Händen liegt. Dafür dürft ihr Arbeiter schon brav eure Verbandsbeiträge abführen und eure Bönzlein das nächste Mal wieder wählen. Wie heißt doch ein altes Sprichwort gleich? „Die dümmsten Kläffer wählen ihre Metzger selber.“

rischer Reparaturen zeigten das Gebaren der Jungbuck-Garage im rechten Lichte. Nur ein Fall wollen wir herausgreifen, der kennzeichnend ist. Ein Zeuge bekundete, daß ihm der Werkmeister gesagt habe: „Eben fährt ein Wagen hinaus, an dem ich eine Reparatur von RM 15.— gemacht habe, wofür ich aber RM 120.— abgenommen habe.“

Drei Tage lang dauerte dieser Betrugsprozeß, der die Betrügereien dieses Juden enthüllte, der auf die raffinierteste Art und Weise seine Kunden hineinlegte. Selbst während der Verhandlungen ließen neue Betrugsanzeigen ein, sobald aller Voraussicht nach noch einmal verhandelt werden muß.

Jetzt kann Herr Scharff 1 Jahr und fünf Monate lang über seine Betrügereien nachdenken. Endlich ließ sich das Gericht dazu bel, Haftbefehl zu erlassen, nachdem sich der Betrüger bis auf den heutigen Tag auf freiem Fuß befand, was bezeichnend ist. Läßt sich irgend ein Christ eine Kleinigkeit zuschulden kommen, ja aus Not zu irgend welchen Ungehörlichkeiten hinreißen, so kommt er sofort hinter schwebende Gardinen. Aber den Juden Scharff ließ man laufen! Diese Betrügereien werden bestimmt vielen die Augen geöffnet haben, die mit diesem Juden zu tun hatten.

Ber will sich 100 Mark verdienen!

Daß in D 5 fell einigen Tagen die Hakenkreuzfahrt lustig im Winde flattert, verdroß einen Mannheimer Juden sehr. Währenden Bildes aber verzagten Hergens betrachtete er sich dieses „Schreckgespenst“. Da kam ihm ein einfacher Arbeiter des Wegs. Was tut der Jude? Er hält ihn an und sagt ihm: „Wenn Sie diesen Fegen“ herunterholen, kriegen Sie von mir 100 Mark.“ Der Arbeiter sagte ihm: „Ich habe an diesen 100 Mark kein Interesse, die Fahne stört mich nicht“ und ging seines Wegs.

Wir bedauern nur, daß der Arbeiter den Namen des „edlen Spenders“ nicht wußte. Wir hätten ihm gerne noch ein Aufgeiß bezahlt, denn 100 Mark ist doch ein hübschen reichlich wenig für unsere Sturmjahre.

In der Zwischengelt hat Herr Bröning durch seine 4. Notverordnung den Mannheimer Juden seiner Sorge enthoben.

Mannheimer Kunstfagen

Schloßmuseum

Der bibelphile Verein stellt z. B. Fibeln und Vorfah-Papiere aus. Die alten Fibeln atmen ein Stück alte Kulturgeschichte aus. Manah lustiger, aber sinniger Lebkuchenpruch verrät hier seinen Ursprung. Auffassungen, Eigenarten und Sünden vergangener Jahrhunderte gegenüber dem Rinde lassen sich hier leicht verfolgen. Etwas für Lehrer und Pädagogen! Die neue Bibel Gewecks verdient Anerkennung.

Weniger bemerkenswert ist die Ausstellung der Vorfah-paplere. Mehr eine innere Angelegenheit des Kunstgewerbes, des Buchdruckerhandwerkes.

Kunstverein

Im Kunstverein herrscht z. B. Hochbetrieb. Es findet die alljährliche Weihnachtsausstellung mit Verkaufsgelagenheit statt. So weit es sich um Verkaufsstücke handelt, sehen wir aus begrifflichen Gründen von einer objektiven Bewertung ab. Uns interessiert lediglich die beiden ausgestellten „Fahren-krog“, die an Anziehungskraft und künstlerischem Wert alles Dargebotene überschritten.

Das „Schicksal“ wurde 1917, offenbar unter dem Eindruck des Kriegesgeschehens, gemalt. Wie bei vielen großen Werken (Böcklin malte seine Toteninsel fünfmal) dürfte auch hier noch eine weitere Ausfertigung vorhanden sein. Dieses Gemälde ist für den Beschauer mehr als nur ein Erzeugnis der Maltechnik. Die Magie, die von diesem Kunstwerk ausstrahlt, verschleierte den Blick. Der Beschauer reagiert phyllo-sophisch.

Schemenhaft gleicht das Schicksal, verständlich durch eine reisende Männergesellschaft, durch das Chaos des Lebens. Das drohende Gewitter, das dem schicksalhaften Reiter folgt, umschließt dessen Haupt und macht ihn blind für die Schläge, die er ausstößt. Das deutagierge Pferd, in seiner gemaltigen

allegorischen Wirkung höchstens noch vergleichbar mit dem Totenpferd in Kethels letztem Blatt des Totentanzes, stampft undtrittbar seinen Weg in den Nebel der Zukunft.

Der Weg, der den Künstler zu dieser Darstellungshöhe führte, ist klar erkennbar. Schon 1905 sehen wir in seiner Kohlezeichnung „der Menschheit Wege“ ein ähnliches Motiv entstehen.

Auf das ausgestellte Kunstwerk weiter einzugehen, verbietet die Ehrsucht; es soll und kann nicht beschrieben, es muß empfunden werden.

Das zweite Bild ist „Balduin und Gerda“. Die beiden Göttergestalten des germanischen Mythos — der Sonnengott und die Göttin der Erde — stehen in der blühenden Landschaft einer Niederung, wo Gerda den bräunlichen Ruch empfangt. Die Erde wird von der Sonne neu befruchtet, alles atmet neues Werden. Die Frühlingsgeister tummeln sich als Puten im Strahlenglanz der durchbrechenden Sonne im bunten Schmetterlingspiel.

Die Farben sind entsprechend der Notlagegestaltung freudiger als beim „Schicksal“, die Reflexe eindringlicher. Wir sind gebannt von der Ueberralle der Schönheit.

Wer deutsche Kunst erleben will, der vertiefe sich in diese Schöpfungen.

Planetarium

Das Städt. Planetarium wurde in den Monaten Oktober und November von insgesamt 20 406 Personen besucht. In den unentgeltlichen Veranstaltungen für Erwerbslose nahmen 9489 Personen teil. Inzwischen wurden wieder über 3000 Karten für Erwerbslosenerveranstaltungen ausgegeben. In der Zeit vom 7. Oktober bis zum 13. Dezember werden also 12500 Erwerbslose und Fürsorgeberechtigthe das Planetarium besucht haben. Die Leitung des Planetariums beachtlich, die mit so großem Beifall aufgenommenen Planetariumsabende auch den Kreisen des Mittelstandes, die durch die wirtschaftliche Notlage besonders bedrückt sind, in besonderen Veranstaltungen gegen geringes Entgelt zugänglich zu machen.

Der 5. Planetariumsabend für Erwerbslose, der am Freitag, den 11. Dezember, und an den folgenden Tagen um 20 Uhr stattfindet, bringt als Einleitung Sätze aus dem 3-Dur-Quartett von Schubert und dem Jagdquartett von Mozart. Den einführenden Vortrag zu dem Großstim „Wunder der Schöpfung“ hat Dr. Feurstein übernommen.

Zeitschriften

„Die Deutsche Zukunft“, Zentralorgan der nationalsozialistischen Jugend, Heft 6, November 1931, Einzelpreis 40 Pf. Verlag: Die Deutsche Zukunft, München 13, Schellingstr. 29.

Das Novemberheft, als zweites Sozialismus-Heft, wird eingeleitet durch einen Aufsatz von Carl Richard Weing „Aufmarsch des Sozialismus“ in vier Bildern. Carl Richard Weingens schreibt über die zwei sich geradezu entgegengesetzten Richtungen Sozialismus und Marxismus, über deren Art und Wert schon im großen Kriege der entscheidende Spruch gefällt wurde. Ueber die Stellung des Sozialismus zur Wirtschaft, die in der Forderung „Gemeinnutz vor Eigennutz“ sich ausdrückt, schreibt Hans R. Schoelkopf. — Wie der Weg zum Reich des Dritten Reiches über gemaltim vom nationalsozialistischen Kämpfer und Denker niedergedrillene Brunnbauten der Kriegstechnik und -auslegung, hin über Schutz zur Quelle und zu den festen Grundmauern germanischer Rechtsgegeschichte führt, stellt Dr. W. M. Reiter in seinem Aufsatz „Sozialismus und Recht“ dar. In weiteren Aufsätzen zu dem Thema Sozialismus enthält das Heft „Sozialismus und Kultur“ von Walter Ohlson, „Sozialismus und Wehrhaftigkeit“ von Hans Döh-Jolun. Ein Artikel „Aus dem Machtzentrum der SPD.“ bringt interessante Personalangaben aus dem preußischen Innenministerium. Balbur von Schirach bricht in einem Aufsatz über Heinrich Anacker eine Lanze für den nationalsozialistischen Lyriker, der, ein Liebender, leidender, Tragödiend und Arbeitsmensch, in seinem Gedichtband „Winter Regen“ Glück und Qual langer Jahre zusammenbringt. — „Lügen-politisches Tagebuch und Bücherchau“ beschließen das Heft, das zusammen mit dem im Oktober erschienenen ersten Sozialismus-Heft eine interessante Zusammenfassung über das Thema Sozialismus gibt.

Verlobungs-, Heirats- und Geburts-Anzeigen gibt der Leser nur bei uns auf!

Gaststätten-Anzeiger

Café-Restaurant Harmonie

Schloßgarten (Lindhof) Telefon 238 88
 Gutgepflegte Biere und Weine
 Vorzügliche Küche - Eig. Konditorei
 Mittag- und Abendessen 6.00, L. Abonnement 6.00
 Für Vereine und Gesellschaften schöner Saal mit
 Theaterbühne und Abhaltung von Festlichkeiten
 jegl. Art. Reelle Bedienung. Billige Preise!
 397

Restaurant Schübler E 4, 10

empfiehlt gut bürgerlichen Mittag- und
 Abendisch von 70 Pfg. an. Ausschank
 von prima Schwetzingen Schwanengold
 Inhaber: M. Schübler. 441

Habereckl Braustübl

Qu 4, 13/14 (neben dem Stammhaus)

Habereckl Spezialbier / Gut gepf. Weine
 245 Mittagessen von 50 Pfg. an. / Bes. J. Abb.

Goldener Falken

S 1, 17 - Friedr. Pister 458
 Vorzügliche Küche, Mittag- u. Abendessen v. 60 Pf. an,
 ff. Weine von 20-30 Pf. - ff. Biere aus der Labor-
 Brauerei, Bayern. - Schönes Nebenzimmer f. Vereine
 u. Gesellschaften. - Samstags u. Sonntags jeweils v.
 8 Uhr ab Konzert.

N.-S. treffen sich in:

Mannheim 295

Gasthaus zur Stadt Lindau
 Gut bürgerl. Mittag- u. Abendisch, gut gepf.
 Biere und Weine, Nebenzimmer, Tischtennis
 Bes. Hans Hochstetter, U 5, 1 Tel. 30099

Mannheim-Käfertal

Restaurant z. „schwarzen Adler“
 Besitzer: Adolf Müller
 Mannheimerstraße 17

Weinheim a. d. B.

Gasthaus „zur Eintracht“
 Bes. A. Heilmann 73

Jeder Gastwirt im Bezirk muß
 unter dieser Rubrik seine
 Gaststätte bekannt geben!

Heidelberg 107

„Silberner Hirsch“ am Markt
 Besitzer: P. LENZ / nicht der Geschäftsteile
 der NSDAP. Telefon 3098. Das Hotel, die
 Weinstube, das Lokal der Nationalsozialisten.

Edingen 35

Restaurant zum Ratskeller
 Haltestelle der O. E. G. Mannheim-Heidelberg
 ff. Biere und naturweine Weine, gut bürgerliche
 Küche, geräumige Nebenzimmer, gute Fremden-
 zimmer. Autopark. Bes. H. Jung, Tel. 304

Geklebte Schuhe sind unverwüßlich!

Klebpresse von Rmk. 7.50 an.
 Klebwerkzeuge und Klebstoffe in
 Tuben und Kannen bei

Fleck & Werner, U 3, 14

Sohl-Leder Schuh-Bedarfsartikel

Ludwig Schneider

Mannheim, G 7, 8
 Tel. 33888 gegr. 1891

empfiehlt zu Weihnachten:
 Mandel- und Butterkonfekt,
 Springert, Spekulatius,
 Ia. Leb. uchen, echte Basler
 Leckerle, sächsische Stollen,
 Stuttgarter Schnitzbrot.

Leser des Hakenkreuzbanners

finden gute Verpflegung in nachstehenden
 besonders empfehlenswerten

Gaststätten und Hotels:

Pfalz:

Neustadt a. d. N.

Badischer Hof

146 Vorzügliche Küche, naturweine Weine, Pirmasener Bier,
 Nebenzimmer, Fremdenzimmer v. 2.50 RM an. Tel. 2036
 Inh. Fritz Weidner

Kallstadt

Gasthaus August Ruprecht

154 Weine der Winzergenossenschaft Kallstadt.
 ff. Biere - gute Küche

Färberei BISCHOFF

Chemische Reinigungsanstalt
 Läden: T 4a, 5 u. F 4, 10
 Telefon 33066
 Schnelle Lieferung Beste Bedienung

PREIS-ABBAU!

Färbt
 Reinigt
 Plisliert
 schnell - gut - billig

PREIS-ABBAU!

Annahmestelle: LINA LUTZ, Mannheim, R 3, 5a.

Einladung an alle Möbelkäufer!

Ausstellung prachtv. Gelegenheitskäufe
 in sämtl. modernen, neuen und guter-
 haltigen herrsch. Zimmern, Küchen- und
 Einzeilmöbeln aller Art, nebst Piano, Flügel,
 Radio, Grammophon und alles andere.

Auktion- und Möbelhaus Zimmermann, N 4, 20

Das gute, billige Buch zu 2.85 RM in der

Buchhandlung Böllinger, Weinheim
 Hauptstraße 99

Adam Schick, Weinheim
 Hauptstraße 133 (am Petersplatz) 548
 Uhren, Gold- u. Silberwaren, Bestecke

Tapeten- und Poliergeschäft
 Pg. A. G. Disam
 Mannheim, Humb. Str. 13
 Empfehle mich für alle
 in das Fach einschlägige
 Arbeiten
 Für Weihnachten
 ab Lager billig zu verk.
 Bett- Chaiselongue,
 Diwan, Matratzen,
 Chaiselongue, Klub-
 möbel.
 Pg. arb. 10% Sonderrabatt

Erstes Spezialhaus in: Fahrrädern, Nähmaschinen und Sprech- apparaten, sämtliche Ersatzteile, Gummi Eigene Reparaturwerkstätte

JOS. SCHIEBER
 G 7 Nr. 16 / Fernspr. 227 26 107

8ung! Radio-Hörer!

Ihr Apparat ist nicht trennscharf.
 Schreiben Sie mir unter Nr. 492 an den Verlag
 d. Ztg. und Sie werden zufrieden sein.

Sämtlicher Brennmaterial liefert

H. F. Reichardt

634 Meerfeldstraße 42 - Telefon 23984

Klopfert-Brot (Vollkorn)
 Graham-Brot (Weizenschrot)
 sowie vollwert. Hausbrot empfiehlt
 Bäckerei
 399 A. Haack, R 6, 18

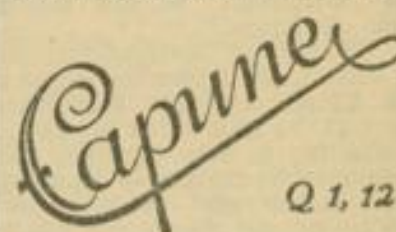
Schuhhaus J. Rieß

Weinheim, Hauptstr. 102 (Tel. 176)
 Das Haus der Qualitäts-Schuhe
 201 zu zeitgemäßen, billigen Preisen.

Spezial-Angebot

in modernen

Strick-Jacken . . . 10.50 8.90
 Pullover 12.50 10.90
 Kändler-Kleider . . 29.50 27.50
 Herren-Westen reine Wolle 9.75
 Herren-Westen reine Wolle ohne Aerm. 7.90
 Herren-Pullover reine Wolle, ohne Aerm. 5.90 . . 4.50



Q 1, 12

Spezialgeschäft für Strümpfe
 Wollwaren und Unterwäsche

Praktische Weihnachtsgeschenke

in Strümpfen, Handtüchern, Krawatten
 Schirme, Taschentücher, Damen-, Herren-
 Kinder-Unterwäsche, finden Sie in großer
 Auswahl bei

Karl Raifling am Rodensteiner

Das Christfest kommt!

Entweicht es nicht mit bei Juden gekauften Geschenken!

Meidet die jüdischen Warenhäuser!

Es ist unwürdig, am Christfeste jüdischen Tand zu verschenken!
 Vergiß bei Einkäufen Deine gewerbetreibenden Parteigenossen
 nicht, bedenke immer, daß sie Deine meist schwer kämpfenden
 Volksgenossen sind!



Achtung!

Gutschein-Sammler!

Unsere Gutscheine sind nach wie vor unbegrenzt
 gültig und werden laufend eingelöst.

Bitte nehmen Sie Einsicht
 in unser Geschenkkatalog,
 welcher bei jedem Händler
 ausliegt.
 Jeder Wunsch wird erfüllt!

ALLEN UNSEREN ZIGARETTEN

TROMMLER . . . 3 1/2 Pfg.
 ALARM 4 "
 STURM 5 "
 NEUE FRONT 6 "

legen wertvolle Gutscheine bei

Sturm Zigaretten G.m.b.H. Dresden

Unter den Christbaum
 nur Geschenke von Christen!

Pleiteversammlung der Volkspartei

Moldenhauer der „Kämpfer“!

Für den letzten Mittwochabend hatte sich die Mannheimer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei den Herrn Moldenhauer verschrieben, jenen Mann, der sich kurz vor Verlassen des Ministerstuhls rasch noch eine Pension von 16 000.— RM für nur wenige Tage Ministerstätigkeit bewilligen ließ.

Dieser „Kämpfer“ Moldenhauer ist doch ein wahrhaft interessanter Mann, nur daß wir uns nicht vorstellen können, wie er „gekämpft“ haben will.

Während heute Millionen nicht wissen, wo sie das tägliche Brot hernehmen sollen, nimmt ein Moldenhauer für wenig Tage Ministerstätigkeit tausende Mark Pension und reist im Lande herum und faselt über die unwesentlichsten Dinge.

Weinheimer Brief

Noch ein Nazi-Töter!

In der Hauptstraße in Weinheim hat zwischen der Hausnummer 55 und 63 ein Zigarren- und Zigarettenhändler sein Domizil. Er dürfte der allerschlimmsten Partei des Zentrums nahe stehen.

Wenn heute die Nazis ans Ruder kommen, gehe ich zu den Kommunisten und helfe die Kerls einzeln abzuschlehen.

Schier wollt' uns der Schlag rühren vor Angst, als wir das hörten. Wir sind in der Lage unseren Parteigenossen nähere Auskunft zu erteilen, und sagen heute nur das eine: Wir haben auch diesen L... notiert!

Unsere Ortsgruppe entfaltet in den letzten Wochen eine lebhaftere Tätigkeit. Die Großdeutsche Spielchar der NSDAP, Berlin, die Braunhemden, wollten am 4. d. Mts. in Weinheim. Wir durften einen Abend echt deutscher Volkskunst erleben.

Am Sonntag darauf veranstaltete die nationalsozialistische deutsche Frauenschaft, der Frauenorden, einen Nikolausabend für die Kinder der Parteigenossen.

Paroleausgabe

Achtung!

Da auf Grund der neuen Notverordnungen alle politischen Versammlungen bis zum 3. Januar 1932 verboten sind, muß die angekündigte Versammlung für 15. Dezember ausfallen.

Achtung, Sektions- und Ortsgruppenleiter!

Da alle öffentlichen Versammlungen verboten sind, fallen die angekündigten Versammlungen aus, jedoch sind Mitglieder-Versammlungen erlaubt.

Der Organisationsleiter: g. J. Pflaumet.

Anordnung der Gauleitung

Entsprechend den Anordnungen der Reichsleitung wird auch in Baden die Umorganisation des Deutschen Frauenordens vollzogen. Die bisherige Gauleiterin des Frauenordens, Frau Klink, wird als Gaufrauenchaftsleiterin bestellungslos und mit der Durchorganisation der Frauenschaften beauftragt.

Der stellv. Gauleiter: g. Kähler.

Kindergruppe. Feldwebel Nikolaus hatte für jedes der Kleinen ein gutes Wort und ein recht ansehnliches Paket aus seinem großen Sack. Dem Frauenorden und insbesondere der Märchentante gebührt Dank von jung und alt für das gute Gelingen dieser Nikolausfeier.

Versammlung in Friedrichsfeld

Arme Abwehrfront!

Vergangenen Sonntag hatte die hiesige Ortsgruppe zu einer öffentlichen Versammlung mit Pg. Odenwälder und Pg. Stober ausgerufen. Der Erfolg blieb nicht aus und der große Saal des „Adler“ war bis auf den letzten Platz besetzt.

Der Erfolg dieser Versammlung waren mehrere Neuaufnahmen und ein guter Kampfschlag.

Die hier gegründete rote und rosarote „Abwehrfront“ gegen den Faschismus hatte sich mit 100 Mitgliedern angemeldet. Ein roter Spitzel steckte seine noch röttere Nase zur Saaltüre herein und mußte feststellen, daß mehrere SA-Leute anwesend waren.

Lehrer-Versammlung im „Wartburg-Hospiz“

Am letzten Mittwoch lud der „Nationalsozialistische Lehrerbund“ zu einer öffentlichen Versammlung ins „Wartburg-Hospiz“ ein. Als aber am Mittwochmorgen die „langersehnte“ Notverordnung im Wortlaut erschien und alle öffentlichen Versammlungen verboten wurden, da wird so mancher, der gerne gekommen wäre, im Zweifel gewesen sein, ob sie stattfinden würde.

neben dem Arbeiter, Soldaten und Bauern im Kampf um ein besseres Deutschland!

Achtung!

Parteigenossen und Anhänger!

Wenn ich heute an Sie herantrete, so nur deshalb, weil ich mir bewußt bin, daß Sie die Opfer der SA kennen. Der Idee Adolf Hitlers ist es auch in Mannheim gelungen, der Roten Front die Stirne zu bieten.

Lue jeder seine Pflicht, und der Sieg wird uns sicher sein. Sturmabteilung I/110 g. Hans Felt.

Erklärung

In Heft 3 der von der Reichspropagandaabteilung herausgegebenen Kampfschriftreihe — Landwirt Willi Seipel: „Landvolkpartei oder Hitlerbewegung“ — haben sich schwere sinnstiftende Druckfehler eingeschlichen.

Es soll nicht heißen: „Landbündler“ oder „Landbund“, sondern „Landvolkpartei“ oder „Landvolkpartei“.

Die Broschüre ist nicht gegen den Reichslandbund oder eine seiner Untergliederungen gerichtet, sondern ausnahmslos nur gegen die Landvolkpartei.

H. Walther Darré.

Nationaltheater Mannheim

Spielplan vom 12. bis 15. Dezember 1931.

Im Nationaltheater:

Samstag, 12. Dezember: Nachmittags (ermäßigte Preise): „Das dumme Engelchen“, Weihnachtsmärchen von Dietrich Baum, Musik von Max Krohn. Anfang 15 Uhr.

Sonntag, 13. Dezember: Nachmittags: 4. Vorstellung für Erwerblose (ohne Kartenerwerb): „Hina“, Schauspiel von Bruno Frank. Anfang 15 Uhr.

Sonntag, 13. Dezember: Miete D 15, Sondermiete D 6 (hohe Preise): Zum ersten Male: „Das Herz“, Drama für Musik von Hans Pflüger. Anfang 19,30 Uhr.

Montag, 14. Dezember: Miete A 16 (mittlere Preise): „Tartuff“, Komödie von Molière. Anfang 20 Uhr.

Dienstag, 15. Dezember: Für die Theatergemeinde des Bühnenvolksbundes: „Don Giovanni“, Oper von Mozart. Anfang 19,30 Uhr.

Im Hofgarten (Nibelungenaal):

Samstag, 12. Dezember: „Im weißen Röhl“, Revue-Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19,30 Uhr.

Sonntag, 13. Dezember: „Im weißen Röhl“, Revue-Operette von Ralph Benatzky. Anfang 15 Uhr.

Sonntag, 13. Dezember: „Im weißen Röhl“, Revue-Operette von Ralph Benatzky. Anfang 19,30 Uhr.

Das schönste Geschenk

Musikplatten / Apparate Radio

Musikhaus Egon Winter, N 2, 12

Das neue NS-Best

Deutsche Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Von Konrad Naß. Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 34. Herausgeber Gottfried Feder, M. d. R. 126 Seiten, Preis RM 1.50. München 1931. Verlag Franz Eher Nachf. Das Heft wird viel auf den Weihnachtstischen der Nationalsozialisten zu treffen sein, besonders auch deshalb, weil der billige Preis die Anschaffung fast jedem ermöglicht.

Film

Scala bringt nur bis Sonntag einen Tonfilm, der bestimmt viele Besucher anziehen wird: „Die Drei Groschenoper“. Wenn wir auch unserer weltanschaulichen Einstellung wegen die Darstellung derartiger Inhalte ablehnen müssen, so wollen wir trotzdem, um objektiv zu bleiben, die schauspielerische Leistung der Kasp, Forster, Neher, Schünzel voll anerkennen.

Capitol: „Der Teufelsbruder“, ein Tonfilm frei nach der Oper „Fra Diavolo“ von Kuber. Man muß schon sagen: wirklich frei! Es war kein schlechter Gedanke der Regisseur, all die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten, die der Film bietet, auch an Opern zu verwerfen, indem man sie eben vertont!

Schauburg: „M“. Harmlos und unschuldig bewegt sich das Kind in der Großstadt. Ein kleines Geschenk, vielleicht ein Apfel oder ein Spielzeug läßt das Kind vertrauensvoll an dem Fremden gefallen finden, der es eben angesprochen hat.

Hauptgeschäftsführer: Dr. W. Kattermann. Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Badische und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Kattermann; für Die eigene Heimat: Rheinische und Bergstraße, Verlagen und Paroleausgabe: Fritz Haas; für Anzeigen: Kurt Ott; familiäre in Mannheim. Zahlungs-, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Mannheim. Postfachkonto: 6775 Zwönitzstraße. Buchdruckerei Schmalz & Cofingier, Mannheim.

Sektion Käfertal

Einweihung des S.-A.-Heimes Samstag den 12. Dez., 8 Uhr im „SCHWARZEN ADLER“ Redner Pg. Wetzel, Mannheim

Hockenheimer Brief

Herr Stadtpfarrer Engleert, warum so gehässig?

In der Ausgabe Nr. 44 des katholischen Kirchenblattes vom 1. November in einem Artikel "Der Karitag" ist Ihnen, Herr Stadtpfarrer, ein grober Fehler unterlaufen, gegen den wir uns energisch verwahren. Sie werfen uns Nationalsozialisten in jenem Artikel mit den Kommunisten in einen Topf. Tausende gläubiger Katholiken stehen heute in unseren Reihen als aktive Kämpfer. Sicherlich wissen diese Tausende ebenso gut wie Sie, Herr Stadtpfarrer, was ihrem H. N. Bischof gebührt. Es hat so den Anschein, als ob Sie mit verschlossenen Augen und tauben Ohren im Leben stehen, sonst wäre eine Entgleisung im Sinne Ihres Artikels unmöglich gewesen. Eine bewusste Verhöhnung der katholischen Volkskreise sehen wir darin, vom Leiden des H. N. Bischofs durch Nationalsozialisten und Kommunisten zu sprechen. Daß sie die Nationalsozialisten im obigen Zusammenhange noch vor den Kommunisten nennen, ist sehr auffällig. Wollten Sie vielleicht damit sagen, daß Ihnen die Kommunisten lieber sind als wir? Wenn Sie, Herr Pfarrer Engleert, der Auffassung sind, ein Leiden des hohen geistlichen Herrn in früheren Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten zu erblicken, so stellen wir gerne fest, daß wir so wenig schuld daran sind wie der hochwürdige Herr Bischof selbst. Um ihren mangelhaften Weitblick in politischen Dingen etwas zu erweitern, müssen Sie Ihr Augenmerk nach Spanien richten! Die jüngsten Ereignisse dort müssen allen Christen und besonders den Katholiken in Deutschland zu denken geben. Die Aufhebung kirchlicher Maßnahmen, die seit 400 Jahren in Spanien bestanden haben, zeigen jedoch wahrhaftig am besten, wer in Spanien am Werk war. Seien Sie versichert, hätte Spanien eine politische Organisation besessen, die sich tatkräftig für die Kirche und deren Organe eingesetzt hätte, dann wäre nie eine Zerstörung der Kirchen und Klöster und die Austreibung von Priestern möglich gewesen! Wie steht es nun in Deutschland?

Sind wir Nationalsozialisten nicht die offensichtlich größten Feinde jener sogenannten "Waffenfreier" und Kirchenfeinde, jener marxistischen Verderber mit ihren im Dunkeln operierenden Hintermännern (Juden), auf deren Schild zu oberst die Kampfsparole des sozialdemokratischen Vorkämpfers Bebel steht: "Sozialdemokratie und Christentum stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser!" Den wahren Charakter der SPD. gegenüber der KPD. sehen wir heute in der Art der Propaganda, bezüglich der neuerdings sehr aufstrebenden gottlosen Bewegung, besonders in der Reichshauptstadt Berlin. An eine Tolerierung der katholischen und christlichen Interessen seitens der SPD. zu glauben, wäre eine glatte Selbsttäuschung über die wirklichen Tatsachen. Der Jude und Sozialdemokrat Aufhäuser hat vor einigen Tagen bei einer gemeinsamen Versammlung der Sozialdemokraten und Kommunisten unwehlig und eindeutig das bevorstehende Fallenlassen des Zentrums und der Reichspolitik ausgesprochen. Und dann, Herr Stadtpfarrer, bei dem jüngst in Berlin stattgefundenen Freidenkerkongreß bildeten die

folgenden Worte das Schlüsselfeld aller festgelegten Richtlinien gegen die Kirche: "An der Schwelle des sozialistischen Zeitalters wird die Leiche der katholischen Kirche liegen." Glauben Sie bitte an die Rettung der katholischen Kirche durch Ihre stramm organisierte D. I. K., in deren Reihen ja Leute stehen, die den Mut ausgebracht haben, den von uns am Kriegedenkmal niedergelegten Kranz entfernen zu wollen. Wir jedenfalls sind bei Zugrundelegung obiger Tatsache anderer Meinung und finden es von Ihnen, Herr Stadtpfarrer, sehr ungeschickt, wenn Sie und Ihre Leute Gefallen daran finden, mit den Nationalsozialisten in Fehde zu liegen. Ihr Amtskollege, der vortreffliche Herr Pfarrer Senn, schreibt in seiner Broschüre: "Nationalsozialismus und katholische Kirche"

Schriesheimer Brief

Doktor honoris causa Adam Kemmele spricht in Schriesheim

Am einmal wieder ein paar Leute in eine sozialdemokratische Versammlung zu locken, verschrieben sich die Schriesheimer Sozis, die man beinahe an den Fingern abzählen kann, eine Kanone, nein, einen erstklassigen Redner, der überall im badischen Mutterlande bekannt ist, unseren hochverehrten Kultus- und Innenminister a. D. Dr. h. c. Adam Kemmele. Für dieses Mal genügte der Saal des "Deutschen Hof" die Massen zu fassen, die erschienen waren, um den derzeitigen Verlagsdirektor der Mannheimer "Volksstimme" einmal zu hören. Wären nicht so viele Neugierige erschienen, hätte für die Sozis das kleine Nebenzimmer vollkommen gereicht! Herr Minister a. D. beschäftigte sich in seiner Rede ausgiebig mit den "Tatsachen", die den Genossen derart im Magen liegen, daß man über etwas anderes, z. B. über die neuesten Notverordnungen nicht mehr sprechen kann. Das Abflauen der SPD. ist ganz richtig darauf zurückzuführen, daß, wenn bisher etwas Vernünftiges versucht wurde, aus dem ganzen Salat etwas Unvernünftiges wurde. Daß wir Nationalsozialisten zuerst einen Scherbenhaufen zu beiseite haben, bevor wir regieren können, wissen wir noch besser, als ihr "Katastrophenpolitiker", wie ihr uns gerne bezeichnen wollt! Aber auf die sozialdemokratischen Belehrungen verzichteten wir im Voraus. Wiederholt angebrachte Zwischenrufe brachten die ganze Clique in helle Aufregung. Sogar die sog. "Arbeiterführer" kamen außer Rand und Band. Auf die läppischen Bemerkungen dieser "Führer" ist zu bemerken, daß unser Pj. seinen Beruf nach Recht und Gerechtigkeit erhalten hat, also nicht durch das Parteibuch, ihr Herren "Arbeiterführer"! Drohungen stießen die Führer aus, wie z. B. "auch schmelzen wir zum Feinsten hinaus", daß man meinen konnte, unter echte "Arbeitermörder" geraten zu sein. So war diese merkwürdige Versammlung der Schriesheimer Sozis mit dem Herrn Dr. h. c. Kemmele nicht nur für

sehr richtig, daß es ein Trugschluß sei, zu glauben, die deutschen Kirchen und Klöster eines Tages vor den mit Brandfackeln ausgerüsteten Horden durch Anschlag des Konkordats über den Kirchenportalen schätzen zu können. Welt gefehlt! Nur Männer, die bereit sind zu sterben, bereit, mit Blut und Leben sich für die Erhaltung ihres Vaterlandes, ihres Volkstums und damit für den Erhalt der höchsten Volkswerte von Sitte und Moral einzusetzen.

Herr Stadtpfarrer, nicht blinder Konfessionshass, nicht kleinliche Partei-Interessen sind es, die die deutsche Jugend zu befehlen hat,

sondern ein unumstößlicher Glaube an Volk und Vaterland.

Ob nun unsere Worte an Sie und Ihre Leute ungehört verhallen oder nicht ist uns letzten Endes gleichgültig. Eines möchten wir jedoch feststellen: Ihnen gegenüber haben wir uns bisher nichts zuschulden kommen lassen und wir verlangen deshalb weiter nichts als eine gerechte Behandlung und objektive Einstellung Ihrerseits, besonders politischen Angelegenheiten gegenüber. Mehrere Hockenheimer Katholiken.

Laudenbacher Brief

Es schlägt ein

Bitte, treten Sie näher, wenn Sie den letzten Rest einer ehrenhaften Partei sehen wollen, die im Sterben liegt. Jung, unerfahren, wie sie ist, sind auch ihre Taten, bald ist sie am Ende ihrer Kraft. So könnte man die über uns in der "Volksstimme" gebrachten Artikel auf eine kurze Formel bringen. Diese Artikel beweisen uns, daß unsere Briefe eingeschlagen haben. Mit wahren Geföze, mit Geshrei und allen möglichen, dem deutschen Sprachschatz entliehenen Kraftausdrücken versucht man, uns unmöglich und müde zu machen. Aber bitte Ruhe, denn der Schuß geht nach hinten los. Was er für eine Wirkung hat, werden wir noch sehen. Bis jetzt hatten wir auf dem Rathaus keine eigene Fraktion, konnten also auch keine eigene Politik treiben. Wenn der sog. Gemeinderat Sachmann mit Gemeinderat Büchel eine Auseinandersetzung hat, so geht das uns nichts an. Es erübrigt sich, auf die unwahren verdrehten Berichte näher einzugehen.

Lüge war von jeher das Geschäft und die Taktik der Sozialdemokratie von ihrem Entstehen bis heute.

Nur durch die Lüge konnte sie sich solange erhalten. Kotten wir deshalb die Lüge aus, dann haben wir auch die SPD. ausgerotet. Unsere Parole ist: Der Wahrheit die Ehre. Früher, ihr Herren Sozialdemokraten, gab es Ehrenämter, und diese Ehrenämter wurden von Ehrenmännern verwaltet; heute haben wir keine Ehrenämter mehr, dafür hat die Sozialdemokratie geforscht, sondern - (Vorsicht, Notverordnung!) Notverordnungen. Auch hier wird nur die NSDAP. den Kampf gegen den Interessensflügel und die heutigen Zustände aufnehmen können, denn alle anderen Parteien sind so belastet, daß sie den Mund gar nicht aufmachen können. Uns sind die Hände nicht gebunden, wir fühlen uns frei von irgendwelcher Schuld. Lügt nur so weiter, ihr Herren der SPD. Wir fangen jetzt erst an zu leben. Im Januar steigt ein "Deutscher Abend" und dann folgt Schlag auf Schlag.

Spendet für die Notküche

kehrte. Mit der vorliegenden, sorgfältig erläuterten Ausgabe werden die Hauptwerke dieses großen Staatsdenkers und Volkswirtes erstmalig weitesten Kreisen erschlossen.

"Diplomatisches Handeln, 200 Richtlinien der Weltklugheit von Geschäftsleuten und Weltmännern" von Dr. K. Finger, erschienen im Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfisterstraße 20, und Wien 1, Hefgasse 7, 336 Seiten auf halbfreiem Papier in mehrfarbigem Ganzleinenband. Preis 12,-. - Diplomatisches Handeln, diese Weltklugheit der Erfolgreichen im Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsleben, wird immer noch als eine Art Geheimlehre betrachtet, deren verwinkelte Rezepte nur in exklusiven politischen, wirtschaftlichen, religiösen, gesellschaftlichen Kreisen von Hand zu Hand wandern. Abenteuerliche Vermutungen knüpfen sich sogar an gewisse Pflichten dieser Kunst. Gerade in den letzten Notzeiten, die alle Anspannung redlicher Weltklugheit und uns erfordern, um die uns bedrängenden Wirtschaftsgewalten zu meistern, ist es deshalb für jeden Tätigen von größtem Interesse, sich genauer mit dieser exklusiven Kunst zu befassen. - Zweihundert Richtlinien hat Dr. K. Finger in seinem neuesten Verlagswerke "Diplomatisches Handeln, 200 Richtlinien der Weltklugheit von Geschäftsleuten und Weltmännern" vereinigt. Gerade als Rechtsanwalt und Notar in einer traditionserfüllten Hansestadt konnte der bekannte Autor in lebenslangem Studium unzähliger lebendiger und gedruckter Äußerungen der Weltklugheit in Gegenwart und Vergangenheit erkennen, daß sie sich fast alle auf eine beschränkte Zahl von Richtlinien zurückführen lassen, die er in seinem Lebenswerke nunmehr vereinigt hat. Das, was viele Generationen "von Männern an der Spitze" in strenger Geistesarbeit an sich erarbeiteten, fällt uns hier mühelos in den Schoß. - Es lohnt sich, das in flüssiger Sprache geschriebene Buch genau zu lesen und sich zu überzeugen, daß diplomatisches, weltkluges Handeln nicht bloß eine Geschäftssache ist, sondern eine erlernbare, eine verbesserungsfähige Kunst, die gerade jetzt von höchstem praktischem Nutzen ist. W. K.

Sämtliche hier besprochenen Bücher und Zeitschriften beziehen Sie vorteilhaft durch die Völkische Buchhandlung, P 5, 13a Telefon 31471

Wohltätigkeitsbazar - Weihnachtsfeier

zugunsten der Mannheimer NS. Winterhilfe Rhein-Neckarhalle am 19. und 20. Dezember 1931 in der

Eintritt: Mitglieder . . . 20 Pfennig. Nichtmitglieder . . . 40 Pfennig. Abend: Mitglieder . . . 30 Pfennig. Nichtmitglieder . . . 50 Pfennig. Sammel. Mitglieder . . . 50 Pfennig. Nichtmitglieder . . . 1.- RM.

Samstag, 19. Dez. 14,30 Uhr Kinderfest

Vorträge, Spiele, Unterhaltung, Erzählungen, Kaffee- und Kuchenbuden.

20,00 Uhr Weihnachtsfeier

Musik, Vorträge, Vespochen, Gesang, Unterhaltung, Kaffee, Kuchen, Wein, Bier und Buden aller Art.

Sonntag, 20. Dez. 14,00-23,00 Uhr

Großer Christmarkt Bazar, Unterhaltung, Buden aller Art.

Das deutsche Buch

Eingegangene Schriften, die empfehlenswert sind:

"Das neue Deutschland", Monatschrift für die deutsche Freiheitsbewegung und nationalsozialistische Weltanschauung. Heft 7, November 1931, 36 Seiten reich bebildeter Text auf Kunstdruck in farbigem Kartonumschlag. Preis des Einzelheftes 1 RM, im Jahresbezug vierteljährlich durch die Post 2,75 RM einschließlich Bestellgeld. Verlag: "Nationale Front", Albert Müller, Leipzig C 1, Georgiring 3.

Nacht über Deutschland. Das hochinteressante Büchlein kostet nur 50 Pf., 2 Stück 90 Pf., 5 Stück 2.- RM, 10 Stück 3.- RM. Zu beziehen durch den Verlag: "Die Schwertschmiede", Leonberg-Stuttgart, gegen Voreinsendung des Betrages; Nachnahme 35 Pf. mehr.

Luthers letzte Predigt und Vermahnung, gehalten 4 Tage vor seinem Tode in Eisleben. Verlag: "Die Schwertschmiede", Leonberg-Stuttgart. Preis der Volksausgabe 70 Pf., der Liebhaberausgabe 1,50 RM.

Erneuerung aus Blut und Boden. Die Lappobewegung der finnischen Bauernschaft, ein Weg zur Befreiung vom Volksewismus. Von Hans Hauptmann. Geheftet 1,80 RM. J. F. Lehmanns Verlag, München 2 SW. Die Schrift ist eine Mahnung, das Bauerntum, den Wurzelboden unserer Volkskraft, vor dem Untergang zu bewahren. Finnische Bauern zeigen Deutschland, wie es den Volksewismus auch auf friedlichem Wege restlos überwinden kann.

"Unser Weg" zum wirtschaftlichen Aufstieg und zur sozialen Befreiung von Dr. Franz Sauer. Verlag des Verfassers, Berlin-Tempelhof, Schönburgstr. 22. Ein Werk, das, von einem Nationalsozialisten geschrieben, der gewaltigen Idee Adolf Hitlers bis in die subtilsten Einzelheiten hinein gerecht wird. Der Verfasser ist Volkswirtschaftler und als solcher wissenschaftlich und technisch genügend durchgebildet, um die Probleme der Zeit anzupacken zu können. Er ist andererseits Nationalsozialist durch und durch und frei von jeder Ueberrichtung verstandsmäßiger Konstruktionen. Die Broschüre ist alles in allem ein wertvoller Beitrag zur Propaganda für den nationalsozialistischen Gedankens. Man kann nur wünschen, daß dieses rund 50 Seiten starke Buch - vor allem unter den Rednern und Amtswältern der Partei - weiteste Verbreitung findet.

Der ungeführte Massenmord von Sipote von Hans Krieger, J. F. Lehmanns Verlag, München. Das rumänische Kriegsgefangenenlager in Sipote war Anfang 1917 mit 17 289 Gefangenen, darunter ungefähr 13 000 Oesterreichern und Ungarn belegt. Von diesen sind 9000 auf entsetzliche Weise gemordet worden, von den etwa 4000 Deutschen haben nur etwa 300 die Hölle wiedergesehen. Wir sind es unseren Toten schuldig, daß der Schrei nach Vergeltung dieser Schandtat nie aufhört. Wenn durch diese Zeilen Ueberlebende aus jener Gefangenenhölle von Sipote erreicht werden sollten, werden sie gebeten, sich Pfarrer Krieger wie schon 80 andere als Zeugen zur Verfügung zu stellen. Seine Schrift wird Tausenden die Augen über unsere "ritterlichen" Feinde öffnen. Die Gerechtigkeit muß doch einse

Adam Müller: Vom Geiste der Gemeinschaft. Elemente der Staatskunst / Theorie des Geldes. Zusammengefaßt und eingeleitet von Dr. Friedrich Bülow. (Arbners Taschenausgabe Band 86, Alfred Kröner Verlag, Leipzig.) 402 Seiten Oktav. In Pelnen RM 3,75. - Die allgemeine Lähmung des Wirtschaftslebens droht die Formen, mit deren Hilfe bisher der wirtschaftliche Verkehr sich abwickelte, zum Ersterben zu bringen. Immer einschneidender werden die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft; immer mehr treten staatliche Regelungen an die Stelle des Handelns einzelner. Wissenschaft und Praxis horchen auf: Befinden wir uns im Uebergang zu einem neuen Wirtschaftssystem? Dämmern wir in ein Zeitalter der Planwirtschaft hinüber? Trifft die Wahrung der Gemeinschaftsinteressen an die Stelle einer Beherrschung des einzelnen? Sicher ist: In allen Schichten und Lagern erhebt sich ein neues Gefühl für die Gemeinschaft, für die Verbundenheit aller. In Millionen Deutscher lebt das Bild eines starken und zugleich gerechten Staates, der alles Wertvolle und Produktive schützt. Der Klassiker dieser neuen Gemeinschaftslehre, Adam Müller, ist fast über Nacht zu höchstem Ruhm gelangt und durch seine Verbindung nationaler und echt sozialer Denkweise das Vorbild aller gemeinschaftsgerichteten politischen Bemühungen geworden. Sein im echten Sinne nationales Denken, seine tiefe Auffassung vom Recht, sein sicherer Blick für die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft, kurz: für alle die Gemeinschaft betreffenden Fragen, machen eine Neuausgabe seiner Werke zu einem Ereignis, das an die aktuellsten Fragen rührt. In seiner Geld- und Kredit-Theorie (über Goldstandard, die englische Währung und vor allem den Nationalkredit) entwickelt dieser größte Gegenpieler von Karl Marx Gedanken, zu denen sich unter der Last der Zeit erst die neueste Nationalökonomie be-

